



# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2010/13

### 5. Sitzung vom Montag, 28. November 2011, 18.00 – 21.12 Uhr im Stadtsaal

#### Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

#### Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### Anwesend

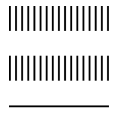
- 39 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates (bis 18.33 Uhr 6 Mitglieder)
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

#### Entschuldigungen

- Christina Mülchi, Einwohnerrätin



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Mitteilungen</b>	299
<b>2. Wahlen</b>	
GK 103 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2012/13	300
GK 104 Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2012/13	301
GK 105 Wahl von zwei Stimmezählern/Stimmezählerinnen für das Büro des Einwohner- rates für die Jahre 2012/13	302/305
<b>3. Einbürgerungen</b>	
GK 106 Coppola Deborah, 1995, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtal- strasse 6	304
GK 107 Coppola Esther, 1998, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtal- strasse 6	304
GK 108 Ifland Katrin, 1970, deutsche Staatsangehörige, Alter Kirchweg 37	304
GK 109 Kan Lydia, 1959, französische Staatsangehörige, Juraweg 16b, Mühlethal	304
GK 110 Koçdag Pinar, 1998, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56	304
<b>4. Kreditbewilligungen</b>	
GK 98 Kreditbewilligung für die Bauvorhaben im Seniorenzentrum Zofingen (Neubau Pflegeheim, Alterswohnungen Rosenberg und Anpassungen Tanner)	305
GK 111 Kreditbewilligung für die Totalsanierung Luzernerstrasse K104, Abschnitt Oberer Stadtein- gang bis Knoten Riedtal	319



**5. Parlamentarische Vorstösse**

GK 112	330
Motion der SVP-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2011 betr. Verzichtsplannung/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde! (Begründung und Beantwortung)	

**6. Umfrage** 331

**7. Verabschiedungen und Ehrungen** 332

**8. Schlussansprache der Einwohnerratspräsidentin** 333



## Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne – insbesondere die Mitarbeitenden des Seniorenzentrums Rosenberg und Tanner – zur fünften Sitzung im Jahr 2011.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Nachdem keine Einwände gegen diese gemacht werden, können die Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden. Die **Vorsitzende** schlägt zudem vor, heute Abend auf die Pause zu verzichten. Dem Vorschlag wird ohne Gegenstimme zugestimmt. Während den Wahlen wird es ohnehin Sitzungsunterbrüche geben.

## Mitteilungen

Für die heutige Sitzung musste sich Christina Mülchi (SVP) **entschuldigen**, sie liegt mit einer Lungenentzündung im Spital. Die **Vorsitzende** wünscht ihr im Namen des Einwohnerrates gute Besserung und alles Gute. Auch von Stadträtin Christiane Guyer ging vorhin eine Meldung ein; sie steckt irgendwo zwischen dem Entlebuch und Zofingen im Verkehr fest und wird so bald wie möglich dazustossen. Der Rat ist mit 39 Mitgliedern verhandlungsfähig.

Den Mitgliedern des Einwohnerrates wurde an der heutigen Sitzung das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom 12. September 2011 verteilt. Wie immer können die Einwohnerratsmitglieder innert der Frist von 10 Tagen schriftlich Abänderungen oder Ergänzungen verlangen. Unter diesem Vorbehalt wird das Protokoll dann an der nächsten Sitzung als genehmigt erklärt.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende weitere **Unterlagen verteilt**:

- Weihnachtskarte der Stadt Zofingen

Die **Ratspräsidentin** verliest den Anwesenden das **Rücktrittsschreiben von Fritz Hirschi (FDP)** vom 20. November 2011. Sein Rücktritt erfolgt auf Ende 2011. Verabschiedet wird Fritz Hirschi am Ende der heutigen Einwohnerratssitzung. Die Nachfolge von Fritz Hirschi wird die FDP in den nächsten Wochen regeln. Martin Basler hat – als Erstunterzeichner des damaligen Wahlvorschlags – diesbezüglich bereits ein Schreiben der Stadt Zofingen erhalten.

Die **Vorsitzende** hat an der letzten Einwohnerratssitzung vom 24. Oktober 2011 die Fraktionen aufgefordert, Mitglieder für die neunköpfige **einwohnerrätliche Spezialkommission Ortsplanungsrevision** zu nominieren. Die Nominationen sind inzwischen eingegangen. Folgende Mitglieder des Einwohnerrates wurden vorgeschlagen:

- Marco Arni, DYM
- Benjamin Gut, SP
- Michael Müller, SVP
- Andreas Rügger, FDP
- Jürg Seiler, SVP
- Rahela Syed, SP
- Michael Wacker, SP
- Robert Weishaupt, DYM
- 2. Sitz FDP noch offen



Die **Vorsitzende** bittet die Mitglieder der Spezialkommission, nach der Einwohnerratssitzung hier zu bleiben, damit die konstituierende Sitzung durchgeführt und das Präsidium gewählt werden kann. Die Termine der Spezialkommission Ortsplanungsrevision sind bereits bekannt. Die Debatte im Einwohnerrat ist für die Sitzung vom 21. Mai 2012 geplant.

### Neueingänge

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

- Interpellation von André Kirchhofer (FDP) betr. Zwischenbilanz Legislaturprogramm: „Mit Konzept zum Erfolg?“

Der Vorstoss wird an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

### Art. 83

### GK 103

### Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2012/13

Für sämtliche anstehenden Wahlen werden für das Wahlbüro folgende Personen vorgeschlagen: Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv., sowie die Fraktionsvorsitzenden jener Fraktionen, welche an den jeweiligen Wahlen nicht beteiligt sind. Das vorgeschlagene Wahlbüro wird stillschweigend akzeptiert.

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass Legislatur-Halbzeit ist und der Einwohnerrat aus seiner Mitte einen neuen Präsidenten bzw. eine neue Präsidentin zu wählen hat. Zur Wahl vorgeschlagen wird von der SVP-Fraktion Thomas Bühler. Sie bittet Fraktionspräsident Markus Gfeller um die Wahlempfehlung.

Wie bereits vernommen, schlägt die SVP-Fraktion Thomas Bühler zur Wahl als Präsident vor. Hr. **Markus Gfeller** erläutert, dass Thomas Bühler seit dem 1. Januar 2002 im Einwohnerrat ist und zurzeit seine dritte Amtsperiode absolviert. In seiner ersten Amtsperiode war er bereits Mitglied der GPK und in der zweiten Mitglied der FGPK. Die letzten zwei Jahre amtierte er als Vizepräsident des Einwohnerrates. Weiter hat sich Thomas Bühler während zwei Amtsperioden in der Schulpflege engagiert. Er ist auch bekannt als Mitglied der Geschäftsleitung des Powerman. Thomas Bühler ist eine bekannte Persönlichkeit in Zofingen und hat Erfahrung. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass er bestens geeignet ist für dieses Amt. Markus Gfeller bittet den Einwohnerrat, Thomas Bühler zu unterstützen.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, lässt die Vorsitzende die Wahlzettel verteilen, ausfüllen und wieder einziehen. Anschliessend bittet sie das Wahlbüro, sich für die Auszählarbeiten zurückzuziehen.

Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch wird das **Resultat der Wahl des Präsidenten/der Präsidentin** bekanntgegeben:

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates  
Zahl der Anwesenden  
Eingelangte Wahlzettel

40
39
39



Abzüglich leere Wahlzettel  
Abzüglich ungültige Wahlzettel  
In Betracht fallende Wahlzettel  
Absolutes Mehr

3	
0	3
	36
	19

**Stimmen haben erhalten:**

Thomas Bühler, SVP  
Vereinzelte

gewählt

34
2

Unter grossem Beifall der Anwesenden gratuliert die **Vorsitzende** Thomas Bühler von ganzem Herzen zu seiner Wahl und wünscht ihm eine gute Zeit als Präsident des Einwohnerrates. Sie bittet ihn, die Wahlannahme am Rednerpult zu erklären.

Hr. **Thomas Bühler** bedankt sich bei seinen Ratskolleginnen und -kollegen für das ausgesprochene Vertrauen. Er nimmt die Wahl gerne an und wird in den nächsten zwei Jahren sein Bestes geben. Man wird bestimmt härter diskutieren. Diese Tendenz war bereits in den letzten Jahren zu spüren. Thomas Bühler hofft, dass der Einwohnerrat weiterhin die ausgleichende Stimme wird sein können.

**Art. 84**

**GK 104**

**Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates für die Jahre 2012/13**

Als Vizepräsident für die Jahre 2012 und 2013 wird von der SP-Fraktion Elmar Bertschinger vorgeschlagen.

Fr. **Anne-Käthi Kremer** ist es eine grosse Freude und Ehre, dem Einwohnerrat Elmar Bertschinger als Kandidat für das Vizepräsidium vorstellen zu dürfen. Elmar Bertschinger ist ebenfalls seit dem Jahr 2002 im Einwohnerrat und damit der amtsälteste SP-Einwohnerrat. Gleich nach seiner Wahl war er während 4 Jahren Mitglied der Finanzkommission. Anschliessend war er bis 2009 Abgeordneter bei der ERZO. Elmar Bertschinger wohnt im Mühlethal, kennt sich aber auch in Zofingen bestens aus. Vor über 20 Jahren hat er hier die Höhere Pädagogische Lehranstalt HPL besucht und blieb in der Region hängen. Während 10 Jahren hat Elmar Bertschinger im Mühlethal 4.- und 5.- Klässler unterrichtet. Seit knapp 10 Jahren macht er dies gleich nebenan im Gemeindeschulhaus in Zofingen. Als Lehrer hat er ein Flair für Zahlen und Technik. So erstaunt es wenig, dass er für seine Schülerinnen und Schüler auf einer eigenen Homepage selbstkorrigierende Übungen in den Fächern Deutsch, Mathematik usw. austüfelt und anbietet. Während 7 Jahren war er zudem Informatik-Supporter im Gemeindeschulhaus. Sein Motto als Lehrer lautet: „Fördern und Fordern mit Herz“.

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass sich Elmar Bertschinger als Vizepräsident mit Herz und Engagement für den Zofinger Einwohnerrat einsetzen würde. Der passionierte Klavierspieler und Sänger in einem Chor ist ein Team-Player. Er ist es sich berufsbedingt aber auch gewohnt, zu leiten und für Ruhe sowie Ordnung zu sorgen. Quasi als Krönung seiner Zeit als Einwohnerrat würde Elmar Bertschinger sehr gerne das Vizepräsidium – und in 2 Jahren allenfalls das Präsidium – übernehmen.

Anne-Käthi Kremer bedankt sich herzlich bei den Einwohnerratsmitgliedern für die Unterstützung bei der Wahl von Elmar Bertschinger zum Vizepräsidenten des Einwohnerrates. Damit würden ihm alle



ein unvergessliches Geburtstagsgeschenk zu seinem 47. Geburtstag bereiten, welchen er übermorgen feiert.

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, lässt die Vorsitzende die Wahlzettel verteilen, ausfüllen und wieder einziehen. Anschliessend bittet sie das Wahlbüro, sich für die Auszählerarbeiten wiederum zurückzuziehen.

Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch wird das **Resultat der Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin** bekanntgegeben:

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates			40
Zahl der Anwesenden			39
Eingelangte Wahlzettel			39
Abzüglich leere Wahlzettel	3		
Abzüglich ungültige Wahlzettel	0	3	
In Betracht fallende Wahlzettel			36
Absolutes Mehr			19

**Stimmen haben erhalten:**

Elmar Bertschinger, SP	gewählt	32
Vereinzelte		4

Unter grossem Beifall der Anwesenden gratuliert die **Vorsitzende** Elmar Bertschinger herzlich zu seiner Wahl und bittet ihn, die Wahlannahme am Rednerpult zu erklären.

Hr. **Elmar Bertschinger** dankt seinen Einwohnerratskolleginnen und -kollegen für das entgegengebrachte Vertrauen und es ist ihm eine besondere Ehre, für den Einwohnerrat Zofingen Vizepräsident zu sein. Hiermit erklärt er Annahme der Wahl.

**Art. 85**

**GK 105**

**Wahl von zwei Stimmzählern/Stimmzählerinnen für das Büro des Einwohnerrates für die Jahre 2012/13**

Zur Wahl vorgeschlagen werden von der Fraktion Dynamische Mitte Marco Arni und von der FDP-Fraktion Claudia Hauri.

Nachdem aus dem Rat das Wort nicht gewünscht wird, lässt die Vorsitzende die Wahlzettel verteilen, ausfüllen und wieder einziehen. Anschliessend bittet sie das Wahlbüro, sich für die Auszählerarbeiten nochmals zurückzuziehen. Während der Auszählerarbeiten wird die Sitzung mit der Behandlung des nächsten Traktandums fortgesetzt.



Art. 86

**Einbürgerungen**

**GK 106**

**Coppola Deborah, 1995, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6**

**GK 107**

**Coppola Esther, 1998, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6**

**GK 108**

**Ifland Katrin, 1970, deutsche Staatsangehörige, Alter Kirchweg 37**

**GK 109**

**Kan Lydia, 1959, französische Staatsangehörige, Juraweg 16b, Mühlethal**

**GK 110**

**Koçdag Pinar, 1998, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56**

Hr. **Marcel Thüler**, Referent der FGPK, hält fest, dass heute Abend fünf Einbürgerungsgesuche vorliegen. Die Gesuchstellerinnen sind alle am 30. August 2011 zum Gespräch vor der Einbürgerungskommission erschienen. Er kann vorneweg nehmen, dass alle Gesuche zur Annahme empfohlen werden.

GK 106

Coppola Deborah, 1995, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6

GK 107

Coppola Esther, 1998, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6

Deborah und Esther Coppola sind Schwestern und italienische sowie niederländische Staatsangehörige. Deborah besucht die 9. Klasse in Zofingen und wird ab Sommer 2012 eine KV-Lehre absolvieren. Sie sieht auf diesem Gebiet eine gute Chance für die Zukunft. Deborah ist mehrsprachig aufgewachsen, was sicher ein Plus ist. Esther Coppola besucht die 7. Klasse in Zofingen. Nach der Schulzeit möchte sie gerne Kosmetikerin werden. Auch ihr kommt die Mehrsprachigkeit aus dem Elternhaus sehr entgegen.

GK 108

Ifland Katrin, 1970, deutsche Staatsangehörige, Alter Kirchweg 37

Möglicherweise kennen einige Anwesende Katrin Ifland bereits. Der Einbürgerungskommission hat sie angegeben, ihr sei es wichtig, dass sie im Land, in welchem sie lebt, mitbestimmen kann. Katrin Ifland ist politisch interessiert. Sie ist in der ehemaligen DDR aufgewachsen und hat dadurch einen speziellen Draht zur Demokratie.

GK 109

Kan Lydia, 1959, französische Staatsangehörige, Juraweg 16b, Mühlethal

Frau Kan hat im Gespräch mit der Einbürgerungskommission angegeben, dass sie sich bereits sehr lange in der Schweiz aufhält und arbeitet. Sie ist selbständige Unternehmerin. Trotzdem fühlt sie





sich manchmal fremd. Mit der Einbürgerung möchte sie dem ein Ende setzen. In Diskussionen, in welchen es um ausländische Staatsangehörige geht, fühlt sie sich stets angesprochen. Mit ihrer Einbürgerung möchte Lydia Kan Einfluss nehmen auf das gesellschaftliche Leben und politisch teilhaben können. Es würde ihr ein Gefühl von Sicherheit vermitteln, in der Schweiz bleiben und weiterleben zu dürfen.

GK 110

Koçdag Pinar, 1998, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56

Pinar Koçdag besucht die 7. Klasse in Zofingen. Nach der Schule möchte sie gerne eine KV-Lehre absolvieren. Sie könnte sich ebenfalls vorstellen, Schauspielerin zu werden. Zu Hause hilft sie im Haushalt mit. In der Schule mag sie die Fächer Sport, Musik und Mathematik.

Wie eingangs bereits erwähnt, schlagen die Einbürgerungskommission und die FGPK dem Einwohnerrat die fünf Einbürgerungsgesuche zur Annahme vor.

Die **Vorsitzende** dankt Marcel Thüler für die Ausführungen und bittet ihn, der gesamten Einbürgerungskommission den Dank des Einwohnerrates für die Arbeit, welche sie leistet, zu überbringen. Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt sie über die stadträtlichen Anträge einzeln abstimmen:

GK 106

Coppola Deborah, 1995, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.**

GK 107

Coppola Esther, 1998, italienische und niederländische Staatsangehörige, Riedtalstrasse 6

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

GK 108

Ifland Katrin, 1970, deutsche Staatsangehörige, Alter Kirchweg 37

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

GK 109

Kan Lydia, 1959, französische Staatsangehörige, Juraweg 16b, Mühlethal

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

GK 110

Koçdag Pinar, 1998, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** gratuliert den Gesuchstellerinnen ganz herzlich zu ihren guten Resultaten, mit welchen sie in das Zofinger Gemeindebürgerrecht aufgenommen wurden, und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.



Die **Vorsitzende** gibt an dieser Stelle folgendes Wahlresultat bekannt:

**Wahl von zwei Stimmezählern/Stimmezählerinnen des Einwohnerrates**

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates		40
Zahl der Anwesenden		39
Eingelangte Wahlzettel		39
Abzüglich leere Wahlzettel	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel	0	0
In Betracht fallende Wahlzettel		39
Absolutes Mehr		19

**Stimmen haben erhalten:**

Marco Arni, DYM/glp	<b>gewählt</b>	35
Claudia Hauri, FDP	<b>gewählt</b>	39

Unter grossem Beifall der Anwesenden gratuliert die **Vorsitzende** Marco Arni und Claudia Hauri zu ihrer Wahl und dankt ihnen herzlich, dass sie sich für diese zusätzliche Arbeit zur Verfügung stellen. Sie fragt sie an, ob sie die Wahl annehmen.

Hr. **Marco Arni** dankt seinen Ratskolleginnen und -kollegen für die erhaltenen Stimmen. Gerne sitzt er zwei weitere Jahre vorne beim Ratsbüro. In diesem Sinne erklärt er Annahme der Wahl.

Fr. **Claudia Hauri** erklärt Annahme der Wahl und bedankt sich dafür.

**Art. 87**

**GK 98**

**Kreditbewilligung für die Bauvorhaben im Seniorenzentrum Zofingen (Neubau Pflegeheim, Alterswohnungen Rosenberg und Anpassungen Tanner)**

Gemäss Fr. **Anne-Käthi Kremer**, Präsidentin der Spezialkommission Seniorenzentrum, schrieb der Stadtrat in seiner Medienmitteilung, als er die Vorlage GK 98 präsentierte, von einem Zofinger Jahrhundertprojekt bzw. einem Kompetenzzentrum Alter. Ein 44-Millionen-Projekt, welches einen Meilenstein für Zofingen bedeutet. Der grossen Bedeutung dieser Vorlage war sich die Spezialkommission bewusst, als sie Anfang September deren Beratung aufnahm.

Sie liess sich von den Architekten Pläne zeigen und die Bauvorhaben erklären. Seitens der Stadt waren die verantwortlichen Stadträte Hans-Martin Plüss und Therese Müller an den Sitzungen dabei, ebenso der verantwortliche Leiter Hochbau und Liegenschaften Emanuele Soldati und auch Finanzverwalter René Küng war einmal anwesend – all jene, welche die Verantwortung für das Bauvorhaben tragen. Der Leiter Seniorenzentrum Heinz Schürch stand an den Kommissionssitzungen ebenfalls mit Rat und Tat zur Seite.

Bereits in einer früheren Sitzung hatte die Spezialkommission den Rosenberg mit seinen schiefen Treppen und trapezförmigen Liften inspiziert und sie hat letzten Monat einen kurzen Rundgang durch das Gelände gemacht, als der Neubau des Pflegeheims ausgesteckt war. Oder kurz zusammengefasst: Die Spezialkommission hat sich während drei Sitzungen intensiv mit der Vorlage ausei-



mandergesetzt. Sie hat einen 12-seitigen Fragenkatalog erstellt, hat Zusatzberechnungen eingefordert und sich anhand von Organigrammen über das Projektcontrolling informieren lassen.

Anne-Käthi Kremer möchte nun chronologisch anhand der Vorlage zu einzelnen Abschnitten einige Bemerkungen anbringen und am Schluss noch einige allgemeine Bemerkungen im Namen der Spezialkommission Seniorenzentrum abgeben.

### **Zur Ausgangslage, zum Bedarf**

Die Spezialkommission Seniorenzentrum ist überzeugt, dass in Zofingen dringend Handlungsbedarf im Bereich Alterswohnungen und zeitgemässen Pflegezimmern besteht. Dies zeigte sich nicht nur an der Zukunftskonferenz, aus welcher im Jahre 2008 dann das Altersleitbild resultierte, mit der klaren Forderung nach städtischen Alterswohnungen. Die Spezialkommission ist sich sicher, dass mit dem Umbau des Rosenbergs in einfache und kostengünstige Alterswohnungen ein Schritt in die Zukunft erfolgt. Denn der bald 50-jährige Rosenberg entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und erfüllt die Anforderungen an ein Pflegeheim nicht mehr. Die bestehenden Zimmer des Rosenbergs müssen ersetzt werden, dies soll im geplanten Neubau geschehen. Dort entstehen 62 neue, grosszügige Pflegezimmer. Ein Neubau, welcher neben dem ganzen Dienstleistungsbereich auch ein öffentliches Restaurant beinhaltet. Angebote, welche nicht nur von den Pflegeheimbewohnenden genutzt werden können, sondern beispielsweise auch von Bewohnenden der Wohnüberbauung Hirzenberg, wenn diese wie geplant realisiert wird.

### **Zum Neubau Pflegeheim**

Die Spezialkommission ist sich der hohen Kosten für den Neubau im Umfang von rund CHF 30 Mio. bewusst. Sie ist überzeugt, dass diese Investitionen gerechtfertigt sind. Mit einem Baupreis von gut CHF 800.- pro Kubikmeter ist das Bauvorhaben mit ähnlichen Bauten vergleichbar. In den Baukosten enthalten sind neben den 62 Pflegezimmern auch ein öffentliches Restaurant, der Dienstleistungsbereich für das gesamte Seniorenzentrum, Zivilschutzräume, die Zentrumsküche und auch die Aufenthaltsräume auf den einzelnen Etagen. Die zusätzlichen Räume sind für einen gut funktionierenden Betrieb wichtig und dürfen nicht ausser Betracht gelassen werden. Erfreulich und nachhaltig ist zudem, dass beim Neubau im Energiebereich nach Minergie-Eco®-Standard gebaut wird und eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach realisiert werden soll. Durch die Platzierung des Neubaus kann zudem ein Grossteil der bestehenden Parkanlage erhalten bleiben, auch grosse Bäume bleiben stehen, das Spazieren und Flanieren ist weiterhin möglich und wird erst noch durch die Gartenterasse und eine gedeckte „Verbindungspassage“ mit dem Rosenberg ergänzt. Die Spezialkommission ist sich sicher, dass Zofingen mit dem Neubau an der Luzernerstrasse einen wichtigen Meilenstein im Hinblick auf die Umsetzung des Altersleitbildes erstellt.

### **Zum Rosenberg**

Die Stadt Zofingen verfügt über nur gerade 25 Alterswohnungen, welche aber nicht mit Dienstleistungserbringern verbunden sind und durch private Investoren geführt werden. Mit dem Bauvorhaben Rosenberg im Umfang von gut CHF 11 Mio. kann die Stadt 38 einfache Alterswohnungen anbieten, Alterswohnungen in Altstadt- und Bahnhofsnähe. Weiter entsteht eine Dienstleistungsfläche von gut 200 m<sup>2</sup>, welche beispielsweise als Arztpraxis, Coiffeursaloon, Raum für Physiotherapie oder ähnliches vermietet werden kann und dem ganzen Seniorenzentrum zur Verfügung steht. An dieser Stelle erlaubt sich Anne-Käthi Kremer nochmals die Bemerkung, dass der Rosenberg in absehbarer Zeit die Anforderungen an ein Pflegeheim nicht mehr erfüllen wird. Ohne wesentliche bauliche Massnahmen, ist davon auszugehen, dass der Rosenberg von der Pflegeheimliste gestrichen werden müsste.



### **Zum Tanner**

Im Pflegezentrum Tanner sind lediglich kleine Anpassungen zur Optimierung des Betriebs erforderlich. Die Gebäudehülle ist immer noch in einem sehr guten Zustand. Die Lüftungszentrale beispielsweise muss nach über 30 Jahren verbessert werden oder es werden neue Garderoben für das Personal benötigt. Anstelle der heutigen Zentrumsküche soll zukünftig die Wäscherei für das ganze Seniorenzentrum untergebracht werden. Für die Anpassungen im Tanner werden CHF 2,5 Mio. beantragt.

### **Zur Finanzierung**

Alles in allem geht es in dieser Vorlage GK 98 um CHF 44 Mio. Dies ist sehr viel Geld. Geld, welches nach Ansicht der Spezialkommission aber sehr gut ausgegeben wird.

### **Die Finanzierung des Neubaus**

Die entsprechenden Investitionen belaufen sich auf gut CHF 30 Mio. Finanziert wird das Projekt durch eine Spezialfinanzierung. Die Stadt Zofingen nimmt Geld auf. In der Vorlage wird die Verzinsung mit 4 % berechnet, die Abschreibung der Nettoinvestitionen erfolgt linear über 40 Jahre. Dank der momentanen Wirtschaftslage werden der Stadt Zofingen aktuell langfristig günstigere Konditionen angeboten. Die zu erhebenden Pensionstaxen können somit, und davon ist die Spezialkommission überzeugt, von den berechneten CHF 161.– pro Tag noch deutlich gesenkt werden. Dies auch dank einem Beitrag aus der laufenden Rechnung der Stadt Zofingen. Diese CHF 4 Mio. sollen die Angebote abdecken, welche im Neubau der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Damit soll das Interesse der Stadt Zofingen an einem attraktiven Kompetenzzentrum für das Alter unterstrichen werden. Dieser Beitrag soll mithelfen, Investitionen zu tätigen, welche in Zukunft einer breiteren Öffentlichkeit dienen sollen, wie zum Beispiel das öffentliche Restaurant, die Versammlungsräume, die Zentrumsküche, der Park usw. Dieser einmalige Zuschuss ist im Finanz- und Investitionsplan enthalten und finanziell verkräftbar. Durch diese Spezialfinanzierung sollen auch die vergleichsweise günstigen Anpassungen im Tanner abgedeckt werden.

### **Finanzierung des Umbaus Rosenberg in 38 Alterswohnungen**

Die Anlagekosten für die Alterswohnungen betragen gut CHF 11 Mio. und werden ebenfalls über eine Spezialfinanzierung geführt. Die ordentliche Rechnung der Stadt Zofingen wird hierdurch nicht belastet. Die vorgesehenen Mieten für die Alterswohnungen sind kostendeckend. Und auch hier eine Bemerkung: Das Seniorenzentrum führt eine Warteliste für die 38 Wohnungen und die ist praktisch voll. Der Bedarf ist da und daher gilt es, nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Die Verantwortlichen sind bereit durchzustarten, Zofingen ist parat. Die Spezialkommission ist überzeugt, dass es gut kommt. Sie wurde darüber informiert, wer das gesamte Projekt, wer die einzelnen Unterprojekte überwacht, wer auf die Kosten achtet usw. Das Projektcontrolling ist vorhanden, Projektteams und Baukommissionen mit internen und externen Leuten sollen das Ganze überwachen.

Im Januar 2013 soll es losgehen, Ende 2014 sollte der Neubau bezugsbereit sein und im Frühjahr 2016 wird mit dem Bezug der Alterswohnungen im Rosenberg gerechnet. Vorher steht aber die Volksabstimmung im kommenden März an. Im Hinblick darauf erhofft sich die Spezialkommission heute Abend ein deutliches Zeichen des Einwohnerrates, damit das Bauvorhaben rasch verwirklicht werden kann. Diejenigen, welche an der Informationsveranstaltung im Rathaus dabei waren, haben es mitbekommen, bereits wird reger Abstimmungskampf geführt. In diesem Zusammenhang möchte Anne-Käthi Kremer einfach um eins bitten: Respekt und Anstand. Bei diesem Projekt geht es um ein Jahrhundertprojekt, ein Prestige-Projekt für Zofingen. Es geht ganz sicher nicht um ein Sterbehospiz, wie dies an der Informationsveranstaltung leider zu hören war und es entsteht auch kein Depot. Es



geht um ein Zofinger Generationenprojekt, es geht um 38 Alterswohnungen und 62 topmoderne Pflegezimmer.

Die Spezialkommission Seniorenzentrum beantragt zuhanden des Einwohnerrates einstimmig, mit je 8:0 Stimmen bei 1 Abwesenheit, die vier Anträge des Stadtrates gutzuheissen.

An dieser Stelle möchte sich Anne-Käthi Kremer ganz herzlich für die gute, konstruktive Zusammenarbeit in der Kommission bedanken. Die neun Kommissionsmitglieder braucht es vorläufig hoffentlich nicht mehr an vorderster Front. Ganz herzlichen Dank auch an die Verantwortlichen Stadträte Hans-Martin Plüss und Therese Müller. Ebenfalls gilt schon heute ein grosses Dankeschön Emanuele Soldati, Leiter Hochbau und Liegenschaften, auch wenn für ihn die grosse Arbeit erst noch kommt. Merci auch an Heinz Schürch und Doris Schmid, welche seitens des Seniorenzentrums in den Sitzungen mitgewirkt, die Sitzungsteilnehmenden verköstigt und das Protokoll verfasst haben.

Zum Schluss noch diese letzte Anekdote: Sie wurde der Spezialkommission an der letzten Kommissionssitzung zugetragen und Anne-Käthi Kremer findet diesen Vergleich sehr passend: Alle reden von immensen Kosten und ob Zofingen diese tragen kann und den Schritt wagen soll. Die Stadtkanzlei hat die Unterlagen zum damaligen Neubau Rosenberg von 1962 hervorgeholt. Der Bau kostete damals CHF 3,2 Mio., die damaligen jährlichen Steuereinnahmen betrugten rund CHF 2,4 Mio. Das heisst: Wenn man die Bauinvestitionen mit dem Steuerertrag vergleicht, war das Vorhaben damals für Zofingen etwa gleich gross und mutig, wie dies heute der Fall ist.

Man soll heute doch auch so viel Mut beweisen wie damals. Mut, welcher – da ist sich die Spezialkommission sicher – belohnt wird.

Die **Vorsitzende** dankt an dieser Stelle der Spezialkommission Seniorenzentrum für die geleistete Arbeit.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Franz von Büren** findet es ziemlich schwierig, nach dem Votum von Anne-Käthi Kremer noch etwas Neues zu erzählen. Sie hatten zusammen Einsitz in der Spezialkommission Seniorenzentrum und haben deshalb alles auf gleiche Weise vernommen von den verschiedenen Personen, welche geholfen haben, die Einwohnerratsvorlage darzulegen.

Die SP-Fraktion ist ebenso der Meinung, dass der Neubau kommen muss. Das Pflegeheim, welches 1962 als Altersheim gebaut wurde, entspricht nicht mehr den Anforderungen. Die Abläufe sind nicht mehr gut machbar. Beispielsweise können die Betten nicht richtig in die Lifte gestossen werden. Es braucht zudem sehr viele Leute, damit die kleinen Einheiten gut geführt werden können. Dies könnte geändert werden, wenn tatsächlich versucht wird, im neuen Pflegeheim Einheiten von 20 Zimmern zu schaffen. So dass die Pflegerinnen und Pfleger die Leute tatsächlich gut pflegen können.

Ein Teilaspekt hat auch in der SP-Fraktion zu Diskussionen Anlass gegeben. Nämlich die Pensionssteuern, welche doch als hoch angesehen werden, wenn jemand CHF 160.– dafür bezahlen muss. Die CHF 160.– wurden jedoch mit 4 % Verzinsung gerechnet. Bekäme man das Geld günstiger, würden die Pensionsteuern ebenfalls sinken. Natürlich hofft man, dass die CHF 4 Mio. von der Stadt Zofingen gesprochen werden, dies würde auch zu tieferen Pensionsteuern führen.



Die CHF 4 Mio. der Stadt Zofingen sind für die der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Angebote im Neubau Pflegeheim gedacht, also das Restaurant, der Park, die Verwaltung, die Büros usw. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass dieser Betrag so eingesetzt werden kann, als einmaliger Beitrag an das Alterszentrum Zofingen.

Stadteigene Alterswohnungen bräuchte die Stadt Zofingen schon lange. Dadurch, dass der Rosenberg frei wird, weil ein neues Pflegeheim gebaut wird, kann dieser Makel umgangen werden. Es können 38 Alterswohnungen den Bewohnenden von Zofingen angeboten werden. Heute sind die meisten bereits reserviert. Dies ist also ganz klar ein Bedürfnis in Zofingen. Man hofft, dass das Bauvorhaben realisiert wird, obwohl bis 2016 gewartet werden muss. Die Mietkosten zwischen CHF 1'200.- und 1'550.- stehen so geschrieben. Ob diese in 4 oder 5 Jahren immer noch gleich sind, ist nicht sicher. Vielleicht steigen oder sinken diese bis zu diesem Zeitpunkt.

Die SP-Fraktion stimmt den vier Anträgen der Vorlage GK 98 grossmehrheitlich zu. Es wäre wichtig, dass der gesamte Einwohnerrat dafür sein könnte. Stimmt der Einwohnerrat nämlich zu, ist er gleichmutig, wie die Einwohnerinnen und Einwohner, welche 1962 ein gleichartiges Bauwerk bewilligten.

Gemäss Fr. **Irma Jordi** wird ein logischer Weg weiter gegangen. Ein Weg, welcher schon lange beschritten wurde. Am 25. Mai 2009 wurde der Kredit für die Projektierung und Ausarbeitung des Kostenvoranschlags, welcher heute auf dem Tisch liegt, bewilligt. Dazumal nahm der Einwohnerrat die Kreditbewilligung mit 30:6 Stimmen an. Der Einwohnerrat sprach sich schon damals deutlich für die Entwicklung des Alterszentrums aus, damit neuzeitliche Pflegeplätze geschaffen und die längst gewünschten und geforderten Alterswohnungen realisiert werden können. Es können sich alle darauf freuen, irgendwann wird man sich dort wieder treffen. Man baut an der Zukunft, vielleicht werden die einen oder anderen dort wohnen. Man geht dort seine Freunde besuchen oder absolviert Freiwilligenarbeit.

Die Wichtigkeit des Projekts ist sehr hoch. Die Umsetzung ist als extrem prioritär zu behandeln. Für Irma Jordi ist der einzige Wehrmutstropfen an der ganzen Geschichte, dass viel Zeit verloren ging. Man sah einen um einiges kürzeren Weg vor sich und war sogar einmal der Meinung, man könne im 2013 oder bereits schon im 2012 in die Zimmer ziehen, anschliessend den Rosenberg umbauen und ab 2014 Alterswohnungen anbieten. Es hat ein wenig gedauert, aber gut Ding will Weile haben.

Für die Fraktion der Dynamischen Mitte ist sehr erfreulich, dass das Projekt noch weiter verbessert werden konnte gegenüber der ersten Kreditbewilligung für die Planung im 2009. Man konnte die aktuellen Bedürfnisse besser anpassen. Die geplante Dementenabteilung muss nun nicht realisiert werden, weil auf Zofinger Boden genug Plätze vorhanden sind. Die Wäscherei konnte anders platziert werden, wodurch man besser Platz hat zum Arbeiten. Ebenso konnten zusätzliche Alterswohnungen geplant werden.

Die Fraktion Dynamische Mitte stimmt den vier Anträgen sehr gerne zu. Sie ist sich sehr einig und hofft auf eine starke Unterstützung aus allen Fraktionen, auf ein starkes Zeichen gegen aussen, damit die Bevölkerung auch weiss, was sie an der Volksabstimmung im März 2012 zu tun hat.

Die Behandlung dieses Geschäfts hat Hrn. **Fritz Hirschi** gut getan, weil er doch weit näher beim Alter der Altersheimbewohnenden als die übrigen Einwohnerratsmitglieder liegt. Dies ist auch ein Grund, weshalb er aus dem Einwohnerrat zurücktritt. Dies und der kommende Neubau haben ihn damals dazu bewogen, Mitglied der Betriebskommission sowie der Spezialkommission Seniorenzentrum zu werden. Bei der Betriebskommission hatte er Einblick in die Abläufe des Alterszentrums



sowie in die Arbeit des Pflege- und Betreuungspersonals. Er möchte die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeitenden im Rosenberg und Tanner, insbesondere Heinz Schürch und Gisela Henzmann, für ihren grossen Einsatz im Interesse der älteren Generation zu danken.

Mit dem Neubau hat man die Möglichkeit, dem Personal, insbesondere dem Personal des Rosenbergs, vorbildliche Voraussetzungen für die Pflege und Betreuung der zukünftigen Insassen zu verschaffen. Wie vor einigen Jahrzehnten beim Tanner, wurde das vorliegende Neubauprojekt nach neusten Grundsätzen geplant. Was jetzt noch fehlt, ist die Umsetzung. Die Spezialkommission hat das Projekt intensiv hinterfragt und begutachtet sowie die Vor- und Nachteile abgewogen und schlussendlich einstimmig gutgeheissen.

In der FDP-Fraktion wurde ebenso intensiv diskutiert. Insbesondere was die Finanzen und das Projektcontrolling betrifft. Grundsätzlich liegt mit dem Geschäft GK 98 eine gute und ausführlich beschriebene Vorlage vor. Die Vorrednerinnen und Vorredner von Fritz Hirsch haben bereits viele Sachen erwähnt, dennoch möchte er einige Punkte herauspicken und unterstützen.

Mit dem neuen Pflegegesetz muss die Stadt Zofingen neu ungefähr CHF 1 Mio. pro Jahr an Pflege- und Betreuungskosten übernehmen. Dies hat zu einer Änderung der Projektfinanzierung geführt. Wie bereits gehört, werden die Kosten für den Neubau sowie den Umbau des Rosenbergs in Alterswohnungen über eine Spezialfinanzierung geführt. So wird die laufende Rechnung der Stadt Zofingen nicht belastet. Die Kosten werden über Pensionskosten getilgt. Rechnet man bei den Pensionstaxen mit 4 % Zins, liegt das Maximum bei rund CHF 170.- pro Tag. Kann man möglichst bald mit dem Bauen beginnen sowie von den sehr guten Kreditkonditionen von 2 bis 2,5 %, welche momentan angeboten werden, profitieren und werden die CHF 4 Mio. der Stadt Zofingen bewilligt, sinkt diese Zahl auf CHF 145.- pro Tag, was doch wesentlich weniger ist. Der grössere Einfluss auf die Reduktion der Pensionstaxen hat jedoch der Zins und nicht der Zuschuss der Stadt Zofingen. Dieser macht lediglich ungefähr CHF 2.- pro Tag aus.

In der FDP-Fraktion haben die politischen CHF 4 Mio., welche die Stadt Zofingen für den Neubau zur Verfügung stellt, zu reden gegeben. Dieser Beitrag belastet die Investitionsrechnung, aber er ist im Finanz- und Investitionsplan eingestellt. Nach Abwägung von für und wider hat die FDP-Fraktion den stadträtlichen Vorschlag als ausgewogen angesehen. Zudem deckt dieser die Kosten für die der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Angebote im Neubau Pflegeheim. Der Zuschuss der Stadt Zofingen kann als Zeichen für die Wertschätzung der älteren Bevölkerung angesehen werden. Ohne diesen Zuschuss würden die Pensionstaxen höher ausfallen. Sobald die Taxen, inkl. Pflege- und Betreuungstaxen, von den Bewohnenden nicht aus eigenen Mitteln bezahlt werden können, müssen die Ergänzungsleistungen einspringen und auch diese werden bekanntlich durch Steuergelder finanziert. Stimme man also diesem ausgewogenen Zustand zu.

Es handelt sich wirklich um ein grosses Bauvorhaben. Zudem ist dieses komplex, sind doch der Umbau des Rosenbergs und die Anpassungen im Tanner korreliert. Dies führt dazu, dass von Seiten der FDP-Fraktion bei der Detailberatung an der entsprechenden Stelle ein Zusatzantrag gestellt wird. Auch bei den Alterswohnungen Rosenberg wird im Rahmen der Detailberatung von der FDP-Fraktion ein Zusatzantrag gestellt, damit Grundsätze für marktgerechte Mietzinsen und die Vergabe der Alterswohnungen fixiert werden können.

Setze man ein Zeichen für die ältere Generation, schaffe man die Voraussetzung, damit mit dem Neubau ideale Voraussetzungen für die Pflegebedürftigen und auch für die Pflegerinnen und Pfleger geschaffen werden können, damit mit dem Umbau des Tanner der Wert erhalten werden kann und der betriebliche Ablauf verbessert wird und damit die Stadt Zofingen mit dem Umbau des Rosen-

bergs günstige Alterswohnungen mit Mitbenutzungsmöglichkeit der Infrastruktur des Pflegeheims anbieten kann. Stimme man mit Überzeugung „Ja“. Vielleicht wird man später persönlich auch einmal froh sein über diesen Entscheid.

Hr. **Markus Gfeller** hält fest, dass auch die SVP-Fraktion die Vorlage GK 98 unterstützt. Bezüglich Sinn und Notwendigkeit dieser Investition wurde bereits bei der Beratung der Vorlage des Projektierungskredits viel geredet und der Einwohnerrat hat sich dafür ausgesprochen. Am Projekt wurde unterdessen sehr viel gearbeitet, dieses wurde optimiert. Erfreulich ist, dass die Kosten im damals beschlossenen Rahmen geblieben sind. Die SVP-Fraktion befürwortet die Finanzierung des grossen Brockens über die zwei Spezialfinanzierungen sowie die CHF 4 Mio. à fonds perdu der Stadt Zofingen. Der Beitrag an das grosse Werk erachtet die SVP-Fraktion als politisch ausgewogen.

Fr. **Yolanda Senn Ammann** ist ebenfalls für das Vorhaben. Sie möchte aber allen, welche heute Abend „Ja“ sagen werden, mitteilen, dass die Arbeit damit noch nicht getan ist. Wenn der Einwohnerrat „Ja“ sagt, muss er bis im März 2012 hinter diesem Entscheid stehen und sein Umfeld bzw. die Bevölkerung beeinflussen, damit diese dann ebenfalls „Ja“ sagt.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, möchte zuerst für die gute Aufnahme, welche die Vorlage in den Fraktionen erfahren durfte, danken. Ein besonderer Dank gilt der Spezialkommission Seniorenzentrum unter der Leitung von Anne-Käthi Kremer für die sorgfältige, manchmal kritische, aber grundsätzlich wohlwollende Prüfung des Geschäfts. Stadtrat Hans-Martin Plüss hat sich vorgenommen, weil diese Vorlage so wichtig ist, die wichtigsten Argumente, weshalb diesem Vorhaben zugestimmt werden soll, zu erläutern. Er hat sich vorgenommen, eine Brandrede zu halten, auch im Hinblick auf die Volksabstimmung.

Seine Vorrederinnen und Vorredner haben ihm diese Aufgabe bereits ein wenig abgenommen und er geht davon aus, dass die Ratspräsidentin einverstanden ist, wenn er sich kurz fasst. Er wird also im Rahmen der Detailberatung zu den einzelnen Fragen und Anträgen, welche in Aussicht gestellt wurden, Stellung nehmen.

Noch eine Ergänzung: Anne-Käthi Kremer hat vorhin von der Einwohnergemeindeversammlung, welche am 26. September 1962 im Stadtsaal stattfand, erzählt. Stadtrat Hans-Martin Plüss war nicht dabei, aber er hat im Protokoll nachgelesen, dass dieser mutige Kredit nicht bloss bewilligt, sondern einstimmig bewilligt wurde. Es würde ihn wahnsinnig freuen, wenn das Ergebnis heute Abend gleich ausfallen würde.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung.

## 10. Finanzierung Alterswohnungen Rosenberg/künftige Mieten

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass für den Umbau des Rosenbergs der Landwert in die Rechnung einbezogen werden soll. Welche Überlegungen stecken dahinter? Gemäss Hrn. **Jakob Lang** liegt ein komplexes Projekt vor. Einerseits geht es um die Pflege, eine Aufgabe, welche gesetzlich dem Staat zukommt und die er lösen muss. Andererseits besteht in Zofingen ein Mangel – und dies ist in den ganzen Projektarbeiten deutlich hervorgekommen – an Alterswohnungen. Weshalb dies so ist, dazu hat noch niemand vom Stadtrat eine Analyse vorgelegt.

Aufgrund der getätigten Analysen, was mit dem Bau gemacht werden kann, hat man gesehen, dass mit dem Umbau des Rosenbergs Alterswohnungen geschaffen werden können und ein grosses Be-





dürfnis befriedigt werden kann. Insofern ist alles positiv. Jakob Lang wagt aber zu behaupten, dass das Problem mit dem Umbau des Rosenbergs allein nicht gelöst ist. Östlich davon steht ein Projekt an, welches von privater Seite die Erstellung von Alterswohnungen vorsieht und im Moment durch Einsprachen leider blockiert ist. Private Investoren haben Land gekauft, möchten dort eine Immobilie errichten, und diese der entsprechenden Nutzung „Wohnen im Alter“ mit der Anbindung an eine gute Infrastruktur, zuführen. Diese Investoren treten mit anderen Spiessen an. Sie haben das Land gekauft und müssen dieses finanzieren, sie erstellen einen Neubau und möchten diesen als Alterswohnungen betreiben. Die Stadt Zofingen geht davon aus, dass das Land nicht in die Rechnung einbezogen werden soll. Das heisst, man vergibt die Möglichkeit, sich einen Wert bezahlen zu lassen. Der Landwert, welcher in der Vorlage aufgeführt ist, beträgt ca. 10 % der Investition. Es ist nicht so, dass die Wohnungen im Preis verdoppelt werden sollen, sondern es handelt sich um ein moderates Anliegen.

Heute Abend und auch am Informationsabend des Stadtrates im Rathaus wurde verschiedentlich gesagt, dass die Wohnungen zum jetzigen Zeitpunkt praktisch ausgebucht sind. Es gibt eine Warteliste und offenbar ist die Nachfrage sehr gross, was nicht weiter erstaunlich ist. Weshalb? Wahrscheinlich ist das Angebot attraktiv. Ein attraktives Angebot hängt immer mit der Leistung und dem Preis zusammen. Der Preis scheint in diesem Fall günstig zu sein. Eine moderate Erhöhung wäre vermutlich nicht schlecht, würde der Stadt Zofingen allerdings die Möglichkeit geben, allenfalls die Abschreibungszeiten zu verkürzen. 40 Jahre sind relativ lang. Jakob Lang ist der Ansicht, dies müsste durchaus berücksichtigt werden.

Er fühlt sich daran erinnert, als er als Kindergärtner in Zofingen dem Fasnachtsumzug beiwohnte. Es zogen bunte Wagen vorbei, er hatte eine Indianerverkleidung an und von den Wagen wurden Bonbons geworfen. Er hätte wahnsinnig gerne ein solches Bonbon gehabt, aber er erwischte keines, weil die schnelleren Kinder ihm alle weggeschnappt hatten. Also ein klassisches Verteilungsproblem. Wer erhält das knappe Gut? Nach welchen Kriterien werden die Bonbons verteilt? Beim Fasnachtsumzug ist ganz klar, dass der Vifste, Grösste und möglichst weit vorne Stehende die Bonbons abbekommt. Nach welchen Kriterien vergibt die Stadt Zofingen die Alterswohnungen? Dies hat Jakob Lang angefangen zu beschäftigen und er hat den Eindruck, dass der schnellste, welcher von diesem tollen Angebot erfuhr, sich in die Liste eintragen konnte. Auch hier könnte ein Verteilungsproblem entstehen. Deshalb ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass eine angemessene Einberechnung des Landwerts nicht unanständig ist. Man hat auch Möglichkeiten, die entsprechenden Kosten zu senken. Jakob Lang hofft schwer, dass dies den Verantwortlichen gelingen wird. Kann man wirklich langfristig zu 2 bis 2,5 % finanzieren, ist dies ein grosser Schlag und wesentlicher Schritt. Dann könnte man auch mit der Verzinsung des Landes zu diesen Mieten kommen.

Der Antrag der FDP-Fraktion lautet: Der Landwert im Betrag von CHF 1'289'000.– sei zu aktivieren und zu den Investitionskosten dazu zu rechnen. Die Bruttorendite von 5,8 % ist unter Einbezug der erhöhten Investitionskosten anzustreben und die Mieterträge sind entsprechend anzupassen.

Jakob Lang bittet die Einwohnerratsmitglieder, im Sinne der Stadt Zofingen diesem Antrag zuzustimmen.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet die Diskussion über den Antrag der FDP-Fraktion.



Fr. **Irma Jordi** spricht nicht für die Fraktion Dynamische Mitte, sondern für sich selber. In dieser Angelegenheit ist diese nämlich sehr geteilter Meinung. Sie persönlich ist der Ansicht, der Landwert solle nicht aktiviert werden. Irma Jordi war von Anfang an, also seit 2008, in der Spezialkommission Seniorenzentrum dabei und diese ging von Anfang an davon aus, dass Zofingen für Zofingerinnen und Zofinger baut. Ebenfalls ging sie davon aus, dass die Alterswohnungen nicht einem fremden Investor übergeben werden sollen. Man will selber bauen für die eigenen Leute und darauf achten, dass die Wohnungsmieten nicht allzu hoch ausfallen.

Wenn Irma Jordi sich überlegt, wie manche alleinstehende Frau in einem Haus wohnt ... Sie stand auch lange auf der Warteliste eines solchen Hauses und die Dame wartet immer noch auf ihre Alterswohnung. Sie ist sich nicht sicher, ob diese Dame sich eine Wohnung von 80 m<sup>2</sup> für CHF 1'800.- oder CHF 2'000.- leisten würde. Wahrscheinlich wäre die Miete zu hoch und sie bleibt in ihrem Haus bis es wirklich nicht mehr anders geht. Mit moderaten Mietzinsen könnte der Anreiz geschaffen werden, dass die eine oder andere Person diesen Schritt wagt. Für alle älteren Leute ist es ein schwerer Schritt vom Eigenheim Abschied zu nehmen. Aber vielleicht kann man sie dazu motivieren und Platz schaffen für junge Familien. Deshalb möchte Irma Jordi beliebt machen, dem Antrag der FDP-Fraktion nicht zuzustimmen.

Hr. **Michael Wacker** ist der Meinung, dass das Land, auf welchem der Rosenberg steht, der Stadt Zofingen seinerzeit geschenkt wurde. Wird aus einem Geschenk also Geld gemacht? Er nimmt das Votum von Jakob Lang gerne zum Anlass, für eine entsprechende Replik: Wenn er sagt, er habe am Fasnachtsumzug kein Bonbon erwischt und hätte auch gerne eines gehabt, war er einfach zu schwach und zu wenig schnell. Jakob Lang möchte also, dass die Schwachen in der Stadt Zofingen, welche nicht CHF 1'600.- oder CHF 1'800.- für eine 2- oder 2½-Zimmer-Alterswohnung ausgeben können, nach dem selben Kriterium gemanagt werden. So schaut man einfach, dass der Stärkste zuerst zum Handkuss kommt, indem die Wohnungen verteuert werden. Einen solchen Humbug hat Michael Wacker in den letzten Jahren selten gehört. Er bittet den Einwohnerrat, dem Antrag der FDP-Fraktion nicht stattzugeben.

Hr. **Jakob Lang** glaubt nicht, dass es richtig ist, wenn man nachher auf CHF 1'800.- kommt. Es geht um eine moderate Erhöhung, man spricht hier von 10 %. Wenn die Finanzierung gut ist, befindet man sich immer noch in einem absolut tragbaren Bereich. Die Frage ist nämlich, wie viele Bonbons es denn gesamthaft sind. Irgendeiner ist immer der Letzte, genau so wie beim „Stuhlspiel“. Man muss ehrlich sein mit sich. Auch mit diesen Wohnungen können nicht alle Bedürfnisse abgedeckt werden. Jakob Lang ist der Ansicht, dass dies klar deklariert werden muss. Wenn das Ziel ist, soziale Alterswohnungen zu schaffen, soll dies entsprechend angezeigt werden und die Vergabekriterien ebenfalls – und zwar von Anfang an. Man muss ehrlich sein und in einer Volksabstimmung deklarieren, dass man nur Leute zulässt, welche den Kriterien A, B, C und D entsprechen. Dies ist ein Gebot der Fairness.

Hr. **Marcel Thüler** hält fest, dass, wenn Land aktiviert wird, welches einmal geschenkt wurde, man ein mathematisches Rechenspiel macht, die Wohnungen künstlich verteuert und die Stadt Zofingen über all die Zeit zusätzlich Geld einnimmt. Dies ist eine Veräppelung der Rentnerinnen und Rentner und man sollte dies wirklich nicht tun. Will man das Vorhaben bei der Volksabstimmung durchbringen und gute Argumente liefern, kann man nicht sagen, man habe die Wohnungen künstlich verteuert. Jakob Lang hat Recht, wenn er sagt, man müsse für alle schauen, aber es ist ganz sicher nicht sozial, die Wohnungen zu verteuern. Die Stadt Zofingen bzw. der Stadtrat muss andere Kriterien



finden, wie er die Rentnerinnen und Rentner dazu bringen kann, dass jene, welche am meisten haben nicht das günstigste Angebot erhalten. Eine künstliche Verteuerung ist jedoch sicher nicht das Richtige.

Die **Vorsitzende** bittet Stadtrat Hans-Martin Plüss oder Stadträtin Therese Müller, die Frage zu den Kriterien noch zu klären sowie eine Antwort auf den Antrag der FDP-Fraktion zu geben.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, erklärt, dass die Frage, ob der Landpreis angerechnet werden oder sonst irgendein Profitcenter daraus entstehen soll, in der Spezialkommission Seniorenzentrum ausgiebig diskutiert wurde. Die Kommission hat dies aus folgenden Gründen eindeutig abgelehnt: Einerseits muss man sich bewusst sein, dass eine solche 2-Zimmer-Wohnung mit 44 bis 52 m<sup>2</sup> nicht gross ist. Zudem sind die Wohnungen sehr einfach eingerichtet. Man ist der Auffassung, dass die Miete von CHF 1'200.- nicht weit vom Marktpreis entfernt ist. Es ist also nicht so, dass diese künstlich verteuert werden müsste, um sich dem Markt anzupassen. Weiter ist man sich bewusst, dass, bis die Wohnungen erstellt sind, man nicht weiss, wie die Entwicklung auf dem Finanzmarkt sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Wohnungen durchaus ein wenig teurer werden.

Noch etwas zum Landpreis: In der Einwohnerratsvorlage steht CHF 1,2 Mio. Im Nachhinein stellte sich Stadtrat Hans-Martin Plüss die Frage, wie man auf diesen Preis kam. Im BZZ tauscht man mit dem Kanton Land ab zu CHF 30.- pro m<sup>2</sup>. Dies würde in diesem Fall CHF 120'000.- bis CHF 150'000.- ergeben. Also ging man hier von einem Preis von CHF 250.- bis CHF 300.- pro m<sup>2</sup> aus. Er kann sich fast nicht vorstellen, dass man dieses Land zu diesem Preis – selbst einem Privaten – verkaufen könnte, auch wenn sich dieses in einer Bauzone befinden würde. Darunter befindet sich die SanHist, welche herausgesprengt werden müsste und darauf steht ein Gebäude, welches zuerst abgebrochen und entsorgt werden müsste. Dies käme so teuer zu stehen, dass für das Land bestimmt nicht mehr CHF 250.- bis CHF 300.- pro m<sup>2</sup> bezahlt werden könnte. Im Übrigen wurde das Land der Stadt Zofingen tatsächlich von Gustav Strähl geschenkt. Es wäre ziemlich zynisch, wenn jetzt etwas verlangt würde für Land, welches die Stadt Zofingen genau für diesen Zweck geschenkt bekommen hat.

Angesprochen wurde auch, dass die Abschreibungsdauer verkürzt werden könnte, wenn höhere Mieten berechnet würden. Die Abschreibungsdauer ist vom Gesetz vorgegeben. Nach HRM2 sind dies 40 Jahre. Daran kann eigentlich nicht geschraubt werden. Vielleicht könnte ein Rücklagenfonds oder etwas Ähnliches geschaffen werden. Aber möchte man das wirklich? Sollen die Mieterinnen und Mieter der Wohnungen einen Rücklagenfonds füttern müssen? Diese Frage stellt sich zu Recht.

Die Ratspräsidentin fragte nach den Kriterien für die Vergabe der Wohnungen. Es ist nicht vorgesehen, Vergabekriterien einzuführen. Stadtrat Hans-Martin Plüss geht davon aus, dass, wenn die Leute die Wohnungen und ihre Einrichtung sehen, sie sich überlegen werden, ob sie damit zufrieden sind oder sich etwas Besseres leisten wollen. Im Hirzenberg werden ebenfalls Alterswohnungen angeboten, welche einen vornehmeren Ausbaustandard aufweisen, grösser sind und auch mehr kosten. Es steht also die ganze Palette zur Verfügung. Der Markt wird richten, wer schlussendlich welche Wohnung beziehen kann. So dass keine Vergabekriterien festgelegt werden müssen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, teilt mit, dass der entscheidende Faktor nicht ist, ob der Landwert aktiviert wird, sondern wie die Finanzierung über eine längere Zeit erfolgen kann. In den letzten paar Wochen bekam die Stadt Zofingen bestätigt, dass sie ein ausgezeichnetes Rating besitzt. Dies hat mit ihrer Finanzpolitik und Glaubwürdigkeit zu tun. Diese Differenz wird der entscheidende Faktor sein im Vergleich zu einem anderen Investor, welcher das Geld möglicherweise zu



ganz anderen Bedingungen aufnehmen muss. Der Stadtammann bittet den Einwohnerrat, nicht auf dem Mietpreis herumzureiten. Es handelt sich um einen Richtpreis und dieser richtet sich danach, wie die Stadt Zofingen das Geld aufnehmen kann. Für die Leute, welche mit den Mieten konfrontiert sein werden, wird dies so oder so um einiges besser sein als bei einem privaten Investor. Danach ist ganz wichtig, dass man Kriterien sucht, um festzulegen, wem dies zugute kommen soll.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass der eine Stadtrat keine Vergabekriterien möchte und der andere darüber nachdenkt. Aber es ist noch genug Zeit vorhanden, um sich zu entscheiden. Nachdem das Wort zum Antrag der FDP-Fraktion nicht mehr verlangt wird, lässt sie darüber abstimmen:

Die Unterzeichner verlangen im Namen der FDP-Fraktion folgende Änderung im Projekt Alterswohnungen Rosenberg: Der Landwert im Betrag von CHF 1'289'000.– sei zu aktivieren und zu den Investitionskosten dazu zu rechnen. Die Bruttorendite von 5,8 % ist unter Einbezug der erhöhten Investitionskosten anzustreben und die Mieterträge sind entsprechend anzupassen.

**Der Antrag wird mit 25:5 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) abgelehnt.**

## 11. Weiteres Vorgehen/Meilensteine

Hr. **Jakob Lang** stellt fest, dass es hart ist, jetzt nochmals nach vorne zu treten und zu sprechen. Er teilt mit, dass die FDP-Fraktion einen weiteren Antrag stellt. Sie hat bei diesem Projekt einen letzten Zweifel was die Komplexität anbelangt. Und zwar, ob das Projektcontrolling, so wie es jetzt geplant ist, die optimale Lösung ist. Das Projekt ist, wie bereits mehrfach erwähnt, sehr komplex. Es sind drei Baustellen, zwei Architekten sowie unzählige Unternehmende involviert. All diese müssen örtlich, zeitlich und von den Schnittstellen her koordiniert werden. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass bei einem solch grossen Projekt ein Erfahrungswert wichtig ist, wenn man dieses steuern und leiten muss oder eben ein Controlling erfolgen muss. Hat die Stadt Zofingen wirklich diese Kapazitäten? Was würde es bedeuten, wenn das Projekt allenfalls notleidend würde?

Die CHF 44 Mio., welche ständig im Raum stehen, sind der Betrag, wenn alles glatt läuft. Aber es gibt auch Baukostenüberschreitungen von plus 10 bis 15 %. Diese sind zwar bereits enthalten, aber dann kommt man bereits auf CHF 48 Mio. zu stehen. Wenn dies noch weiter geht, steigen die Kosten weiter an und dann werden die entsprechenden Zusatzanträge kommen. Können allfällige Zusatzkosten auf die Tarife überwältzt werden? Eine schwierige Vorstellung, also müssten diese von der Stadt Zofingen übernommen werden. Voraussichtlich mit à-fonds-perdu-Beiträgen, damit das Pflegeheim mit den entsprechenden Beherbergungskosten bestehen kann.

Jakob Lang kommt nochmals kurz auf das Thema Kapazitäten in der Stadtverwaltung zurück. Die Spezialkommission Seniorenzentrum stellte dazu folgende Frage: „Kann die Bauverwaltung diese gesamte Mehrbelastung, ohne dass andere Objekte darunter leiden, leisten?“ Ein Teil der Antwort fiel wie folgt aus: „Der Bereich Hochbau und Liegenschaften geht davon aus, dass das vorliegende Bauvorhaben mit den bestehenden Ressourcen mit genügender Qualität möglich ist. Hingegen ist absehbar, dass für das Baubewilligungswesen und den Unterhalt der stadteigenen Bauten mittelfristig zusätzliche Ressourcen erforderlich werden. Zudem ist laufend mit neuen Aufgaben zu rechnen.“

So wie Jakob Lang dies versteht, ist die Aussage der Verwaltung, für das Grossprojekt sei sie bereit, aber für das laufende Geschäft werde es voraussichtlich weitere Ressourcen benötigen. Dies ist unter anderem ein Grund, weshalb die FDP-Fraktion gerne ein externes Controlling hätte. Die Idee



ist, dass das tägliche Business gut und effizient auf der Stadtverwaltung erledigt und für das komplexe Grossprojekt ein Spezialist beigezogen wird. Der Antrag der FDP-Fraktion lautet wie folgt:

Das Projektcontrolling Seniorenzentrum Zofingen ist an eine verwaltungsexterne, spezialisierte Organisation zu übertragen. Die entstehenden Kosten sind dem Projekt zu belasten.

Jakob Lang bittet die Einwohnerratsmitglieder, diesem Antrag zuzustimmen.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet die Diskussion über den Antrag der FDP-Fraktion.

Im Budget sind viele Posten aufgeführt, welche das Bauamt betreffen. Fr. **Yolanda Senn Ammann** ist der Ansicht, dass dieser Bereich genug zu tun hat. In diesem Punkt muss sie Jakob Lang Recht geben. Bei ihr zu Hause hatte sie dieses Jahr ein komplexes Kleinstprojekt zu bewältigen. Es wurde eine wärmetechnische Sanierung vorgenommen und der Bauleiter war nicht in der Lage, diese Sache in den Griff zu bekommen. Es lief darauf hinaus, dass dieser von Yolanda Senn Ammann entlassen wurde und sie während 5 Monaten beinahe zu 100 % seine Arbeit übernehmen musste. Sie kann ein wenig nachvollziehen, wie dies bei der Bauleitung eines solch grossen Projekts sein muss und stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Fr. **Irma Jordi** hält fest, dass es hier nicht um die Bauleitung geht, sondern um eine ganz andere Aufgabe. Die Bauleitung wird durch die entsprechenden Baufirmen gewährleistet.

Grundsätzlich ist sie für das Controlling. Dies muss sein und darf nicht vernachlässigt werden. Es ist etwas vom Wichtigsten. Sie wehrt sich jedoch dagegen, dass eine vollständig externe Stelle involviert wird. Diese kommt, arbeitet und plötzlich heisst es, das Projekt sei aus dem Ruder gelaufen.

Wie bereits erwähnt, hat sie bereits länger Einsitz in der Spezialkommission Seniorenzentrum und durfte das Organigramm, wie es von Anfang an angedacht wurde, sehen. Dazumal war noch Lukas Reichmuth bei der Stadtverwaltung angestellt, heute arbeiten andere Personen hier. Irma Jordi ist überzeugt, dass hoch dotierte Fachleute auf der Bauverwaltung arbeiten. Der Leiter Finanzen und Controlling René Küng hat die Finanzen ebenfalls im Griff. Das Organigramm war ihrer Meinung nach gut und darin waren ebenso externe Leute einbezogen. Beispielsweise wird das Projekt von Architekten begleitet. Es ging darum, dass in der Kommission Spezialisten beider Architekturbüros dabei sind, also von der Batimo AG, welche die Alterswohnungen Rosenberg und Anpassungen Tanner projektierte, und der Burkard Meyer Architekten AG, welche den Neubau plante.

Irma Jordi unterstützt das Controlling, aber ganz sicher nicht eine komplette externe Vergabe. Dies würde ihr grosse Angst bereiten. Auf der Stadtverwaltung arbeiten qualifizierte Leute. Dann stellt man besser eine zusätzliche Person an, welche die einfachen Baugesuche bearbeitet. Dies wäre bestimmt der einfachere Weg.

Wenn man baut, kostet es. Gemäss Hrn. **Michael Wacker** muss fachlich sowie finanziell eine Kontrolle stattfinden. Er bekundet Mühe mit der Ansicht der FDP-Fraktion. Diese ist immer für möglichst tiefe Staatsausgaben und wenn der Staat einmal eine solche tätigen will, welche er mit einer bestehenden Personalplanung durchführen kann, soll die Aufgabe ausgelagert und die Kosten dem Projekt belastet werden. Von welcher Grössenordnung spricht man hier? Geht es um CHF 300.-, CHF 300'000.- oder noch mehr? Deshalb tut er sich schwer, dem Antrag tel quel zuzustimmen und die entstehenden Kosten dem Projekt zu belasten. Beim Trottenweiher lief dies seinerzeit ähnlich. Es

wurden zusätzlich eine Treppe sowie ein WC eingebaut und am Schluss musste sich der Einwohner-  
rat selber an der Nase nehmen wegen der Kosten.

Fr. **Anne-Käthi Kremer**, Präsidentin der Spezialkommission Seniorenzentrum, versichert, dass es keinen zweiten Trottenweiher geben wird. Sie kann sich Irma Jordi anschliessen, die Spezialkommission hat viele Berichte gesehen. Es gibt Standberichte, welche regelmässig verfasst und in welchen die einen Stellen von den anderen intern kontrolliert werden. Die Kommissionsmitglieder haben weiter seitenweise Organigramme gesehen, in welchen sowohl interne als auch externe Leute eingebunden sind, welche für das gute Funktionieren des Projekts besorgt sind.

Anne-Käthi Kremer möchte Leiter Hochbau und Liegenschaften Emanuele Soldati nicht in den Himmel heben, aber dieser hat schon deutlich grössere und finanziell gewichtigere Projekte verwirklicht. Die Spezialkommission hat Vertrauen in die Stadt Zofingen, dass sie das schafft. Sie stellte explizit diese Frage zu den Kapazitäten, bekam eine Antwort darauf und war der Überzeugung, dass dies funktioniert, die Stadt Zofingen alles im Griff hat und organisiert wurde, wer wen, wann überwacht, damit finanziell alles gut herauskommt.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, hat Verständnis für den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion. Seines Wissens hatte die Stadt Zofingen bisher noch nie mit einem solch grosses Vorhaben zu tun. Unter Berücksichtigung des BZZ häufen sich diese zwar. Der Stadtrat ist sich vollkommen bewusst, dass es eminent wichtig ist, die Kosten jederzeit im Griff zu haben und er ist sich auch bewusst, dass er am Schluss die Verantwortung trägt. Diese wird ihm niemand abnehmen und sie kann auch nicht einer externen Stelle delegiert werden, wie Irma Jordi zu Recht feststellte. Stadtrat Hans-Martin Plüss kennt die Situation mit einem externen Projektcontrolling aus eigener Erfahrung. Das Controlling umfasst nicht nur die Kosten, sondern auch die Termine und den Stand der Leistungen. Der Stand der Leistungen muss der Bauleiter an der Front festlegen und die Kosten sind das, was ein externer Projektcontroller nachführen kann. Aber dieser fusst auf denselben Daten wie alle anderen auch und hat keinen besseren Überblick als an der Front.

Es ist vorgesehen, dass nicht Burkard Meyer Architekten AG die Bauleitung und Ausführungsprojek-  
tierung für den Neubau vornimmt, sondern es findet eine Vergabe statt. Dies wird in einer Submissi-  
on nochmals ausgeschrieben. Der Stadtrat hat sich noch nicht entschieden, ob er für das Projekt-  
controlling ein separates, spezialisiertes Büro einsetzen soll. Er möchte das Ergebnis der Submissi-  
on abwarten. Aufgrund der Submission wird man auch sehen, was angeboten wird und in welcher  
Qualität die Berichte zu erwarten sind. Deshalb wäre es verfrüht, zum jetzigen Zeitpunkt das Vorge-  
hen festzulegen. Es ist auch so, dass der Stadtrat, welcher letztlich die Verantwortung trägt, selber  
entscheiden muss, wie er das Controlling aufbauen möchte.

Noch etwas zum Ablauf: An der Front befindet sich der Bauführer, welcher das Ausmass und den  
Stand der Leistungen festlegen muss. Der bauleitende Architekt steht oberhalb des Bauleiters und  
erstellt monatlich einen Bericht über den Stand der Arbeiten. Alle zwei Monate geht die Baukom-  
mission die Berichte durch, da es sich um ein Standard-Traktandum handelt. In der Baukommission  
haben, wie bereits erwähnt, nicht nur Leute des Bereichs Hochbau und Liegenschaften und des  
Seniorenzentrums Einsitz, sondern auch der Leiter Finanzen und Controlling und das Architekturbü-  
ro Burkard Meyer Architekten AG als Projektberatung und -aufsicht. Alle drei Monate geht ein Be-  
richt in zusammengefasster Form an den Stadtrat. Man ist der Auffassung, dass grundsätzlich so  
vorgegangen werden kann. Nach erfolgter Ausschreibung wird man schauen, ob ein externes Büro  
benötigt wird oder nicht. Vielleicht braucht es auch eines nur für den einen Bau und nicht für den  
anderen. Zum heutigen Zeitpunkt ist dies jedoch noch nicht festgelegt.



Was soll jetzt mit dem Antrag der FDP-Fraktion geschehen? Würde es sich um einen parlamentarischen Vorstoss in Form einer Motion handeln, würde Stadtrat Hans-Martin Plüss diese als Postulat entgegennehmen. Vielleicht würde der Stadtrat diese sogar als Postulat entgegennehmen und gleichzeitig abschreiben. Aber er möchte sich heute noch nicht so fix binden. Schlussendlich wird nicht der Einwohnerrat die Verantwortung für ein solches Controlling übernehmen wollen. Deshalb empfiehlt er, den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

Die **Vorsitzende** hat sich mit dem Ratssekretär beraten und es wäre also möglich, den Antrag in ein Postulat umzuwandeln, wenn die FDP-Fraktion damit einverstanden wäre. Dies im Sinne eines Prüfungsauftrags, welchen der Einwohnerrat als Instrument eigentlich nicht kennt. Der Diskussion kann aber entnommen werden, dass dies allenfalls passend wäre. Sie bittet die FDP-Fraktion um eine Stellungnahme, ob sie über den vorliegenden Antrag abstimmen lassen will oder diesen in ein Postulat umwandelt.

Die FDP-Fraktion hatte eine kleine Blitzsitzung und Hr. **Jakob Lang** teilt mit, dass sie sich den weisen Worten der Regierung beugt. Sie ist froh, dass das vorherige Votum von Stadtrat Hans-Martin Plüss im Protokoll festgehalten wird. Die FDP-Fraktion wandelt ihren Antrag in ein Postulat um und hofft, dass dieses möglichst gut umgesetzt wird.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet die Diskussion über die Umwandlung des Antrags der FDP-Fraktion in ein Postulat.

Fr. **Irma Jordi** dankt der FDP-Fraktion für die Umwandlung des Antrags in ein Postulat. Sie ist der Meinung, dass die Fraktion Dynamische Mitte dieses gerne unterstützen wird. Die Kostenkontrolle ist eminent wichtig und dies ist ein guter Weg.

Nachdem das Wort zur Umwandlung des Antrags der FDP-Fraktion in ein Postulat nicht mehr verlangt wird, lässt die **Vorsitzende** über die Überweisung des Antrags als Postulat abstimmen:

Das Projektcontrolling Seniorenzentrum Zofingen (gemäss GK 98) ist an eine verwaltungsexterne, spezialisierte Organisation zu übertragen. Die entstehenden Kosten sind dem Projekt zu belasten.

**Der Überweisung des Antrags als Postulat wird mit 22:9 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zugestimmt.**

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für die Bauvorhaben des Seniorenzentrums Zofingen sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 44'140'000.- (Neubau Pflegeheim CHF 30'540'000.-, Alterswohnungen Rosenberg CHF 11'150'000.- und Anpassungen Tanner CHF 2'450'000.-), zuzüglich allfälliger Teuerung und abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

2. Die Finanzierung des Neubaus Pflegeheim und der Anpassungen Tanner erfolgt über die Spezialfinanzierung Seniorenzentrum.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**



3. Die Finanzierung der Alterswohnungen Rosenberg erfolgt über die Spezialfinanzierung Alterswohnungen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

4. Für die der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Angebote im Neubau Pflegeheim sei ein einmaliger Beitrag von CHF 4'000'000.– aus der allgemeinen Rechnung zu Gunsten der Spezialfinanzierung Seniorenzentrum zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.**

Fr. **Therese Müller**, Stadträtin, möchte in ihrer Funktion als Ressortverantwortliche Alter und Gesundheit den Mitgliedern des Einwohnerrates ganz herzlich danken. Man wartet schon lange auf dieses Vorhaben und die ältere Bevölkerung, welche ebenfalls auf der Zuschauertribüne anwesend ist, hat gemerkt, dass es dem Einwohnerrat nicht egal ist, was in den nächsten Jahren in der Stadt Zofingen vor sich geht. Deshalb ein grosses Dankeschön, auch im Namen der älteren Bevölkerung von Zofingen.

## Art. 88

### GK 111

#### **Kreditbewilligung für die Totalsanierung Luzernerstrasse K104, Abschnitt Oberer Stadteingang bis Knoten Riedtal**

Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, hält einleitend fest, dass dieses Projekt deutlich weniger komplex ist. Trotzdem löste dieses scheinbar einige Diskussionen aus. Es geht hier um eine kaputte Strasse, nicht mehr und nicht weniger. Es ist nicht bestritten, dass die Strasse ihre Lebensdauer erreicht hat. Die Frage ist höchstens, wann genau und mit wie viel Geld diese allenfalls saniert werden muss.

Die FGPK hat das Geschäft GK 111 an ihrer Sitzung vom 10. November 2011 behandelt. Es wurde ein Augenschein vor Ort durchgeführt und alle konnten sich davon überzeugen, dass es nicht nur rumpelt und ein wenig lauter ist, sondern die Strasse effektiv nicht mehr in so gutem Zustand ist. Die FGPK hat den stadträtlichen Anträgen mit 5:2 Stimmen, bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit, zugestimmt. Marcel Murri möchte daher versuchen, entsprechend dem Abstimmungsverhältnis und den Diskussionen, aus der FGPK zu rapportieren.

Er geht davon aus, dass der technische Zustand bzw. Sanierungsbedarf der Strasse an und für sich unbestritten ist. Hingegen gab der Zeitpunkt zu Diskussionen Anlass. Ebenso das ganze Vorhaben in Bezug auf die verschiedenen laufenden Arbeiten in dieser Gegend. Auch im Hinblick auf die künftige Finanzlage der Stadt Zofingen macht man sich Gedanken, ob der gewählte Zeitpunkt richtig ist.

Das alte Projekt, welches den Teilausbau im Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal mit Radstreifen beinhaltete, ist weitgehend erledigt. Die technischen Sachen wurden realisiert; die Geh- und Radwege wurden erstellt, die Schächte wurden gesetzt und die Bepflanzung wurde vorgenommen. Was bereits beim Start des Projekts nicht gemacht wurde, ist, die Tragfähigkeit der Strasse grundsätzlich zu prüfen. Beim Bauen kam man dann darauf, dass die Tragfähigkeit den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt. Der Auftraggeber, also der Kanton bzw. die Gemeinde, entschied, dass der



jetzt fehlende Deckbelag nicht eingebaut wird. Dies war also nicht ein Entscheid des Bauunternehmens, sondern des Auftraggebers. Die Idee war, dass, wenn die ganze Strasse ohnehin saniert werden muss, es unsinnig ist, vorgängig den Deckbelag einzubauen. Aus Sicht des Controllings befriedigt ein weiterer Punkt nicht, und zwar liegt die Schlussabrechnung noch nicht vor. Möglicherweise wird es bei diesem Projekt zu Kostenüberschreitungen kommen. Wie hoch diese sein werden, ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Egal, ob der Deckbelag eingebaut wird oder nicht. Dies ist unschön, aber gedanklich machte die FGPK einen Schnitt zwischen dem alten und dem vorliegenden Projekt. Diese haben nichts miteinander zu tun. Fakt ist, dass die Strasse den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt und das einzige Bindeglied ist der fehlende Deckbelag.

Die Tragfähigkeit der Kantonsstrasse ist heute bezüglich Verkehrsaufkommen und Lebensdauer nicht mehr gegeben. Die Strasse ist weit über 30 Jahre alt und hat ihre Lebensdauer schlicht überschritten. Die bisherigen Arbeiten wurden erledigt und sind durch den Neubau nicht tangiert. Die getätigten Investitionen wurden also nicht in den Sand bzw. Asphalt gesteckt, sie können bei der Gesamtsanierung übernommen werden, was erfreulich ist.

Weitere, kostengünstigere Lösungen, um die Tragfähigkeit zu erhöhen, wurden andiskutiert. Diese Frage wurde in der FGPK gestellt. Es gibt moderne Technologien mit kohlefaserverstärkten Tragschichten usw. Die zuständigen Leute konnten der FGPK jedoch glaubhaft machen, dass dies in diesem Fall nicht genügt, weil die Tragfähigkeit der Strasse insgesamt zu niedrig ist und nicht mit kohlefaserverstärkten Belägen gearbeitet werden kann. Zweifelsohne könnte man den Deckbelag jetzt einbauen. Es würde weniger rumpeln und leiser. Was aber ganz schwer abzuschätzen ist, ist, wie lange die provisorisch geflickte Strasse halten würde. Es können 3 Jahre sein, mit ein wenig Glück sogar 10 Jahre. Irgendwann ist diese jedoch fällig, weil die zu niedrige Tragfähigkeit bestehen bleibt.

Was ebenfalls versichert wurde, ist, dass die Anschlussarbeiten bei den Baustellen rundherum im Bereich der Strasse ausgeführt sein sollten, bevor diese fertig saniert ist. So dass sie nicht gleich wieder aufgerissen werden müsste. Die Tragfähigkeit der sanierten Strasse sollte den bevorstehenden und künftigen Baustellenverkehr aushalten können. Bestimmt wird diese ein wenig darunter leiden, aber sie ist grundsätzlich für solche Belastungen konzipiert. Von Seiten der Projektierenden wurde zudem angegeben, dass der Baustellenverkehr mit den übrigen Baustellen, welche dort am entstehen sind, sollte koordiniert werden können.

Die FGPK hat im Speziellen gewürdigt, dass das Vorhaben im Finanzplan entsprechend eingestellt ist. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Der Sanierungsbedarf ist vorhanden. Wird die Strasse jetzt nicht saniert, wird man sie spätestens in einigen Jahren sanieren müssen. Bis dahin müssen jedoch diverse andere Objekte ebenfalls zwingend unterhalten werden. Also würden sich die Ausgaben zu irgendeinem Zeitpunkt kumulieren. Das Projekt wird mit Garantie nicht günstiger, wenn der Deckbelag jetzt eingebaut wird und anschliessend wieder herausgespitzt werden muss. Man verliert mit Garantie eine Viertelmillion Franken. So viel kostet der Deckbelag. Zum neusten Trend, ob das Projekt etappiert werden kann, sind Marcel Murri keine Kostenangaben bekannt. Ob eine Sanierung in zwei Etappen allenfalls Kostenfolgen hätte, weiss er nicht. Aus Erfahrung ist er aber der Meinung, dass zwei Baustellen teurer zu stehen kommen würden als eine.

Die FGPK hat das Geschäft nicht nochmals beraten. Marcel Murri kann an dieser Stelle lediglich das damalige Abstimmungsverhältnis wiederholen. Trotz der angeregten Diskussionen schlägt die FGPK mit 5:2 Stimmen vor, die beiden stadträtlichen Anträge zu genehmigen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Michael Wacker** erklärt, dass die SP-Fraktion die Vorlage studiert hat und sich nicht einig wurde. Eine Mehrheit war für die Ablehnung des Geschäfts, eine Minderheit sprach sich dafür aus. Vieles hat der FGPK-Präsident in seinem Votum bereits gesagt. Für die SP-Fraktion war das ausschlaggebende Argument, weshalb die Vorlage im Moment abgelehnt werden soll, dass der Zeitpunkt für die Sanierung nicht der richtige ist. Dies aus mehreren Gründen: Im selben Perimeter sind in den nächsten Jahren mehrere Vorhaben vorgesehen. Es wird ein Seniorenzentrum gebaut, was nicht gerade wenig Baustellenverkehr erzeugen wird. Oberhalb wird die Überbauung Hirzenberg erstellt. Dort werden mit Garantie zehntausende von Kubikmetern Material auf der Strasse herumgeführt. Dies werden also nicht bloss dutzende von Lastwagenladungen sein, sondern höchstwahrscheinlich tausende. Mit tausenden von Lastwagen über eine frisch sanierte Strasse zu fahren, weckte einige Bedenken. Der Kanton baut die Kreisel heute in Beton wegen der Schubkräfte im Verzweigungsbereich. Die Stadt Zofingen baut zusammen mit dem Kanton im Kreuzungsbereich zwar keine Kreisel, aber Abbiegungen mit denselben 90 Grad-Verhältnissen und dort soll es scheinbar keine Schubkräfte geben.

Was ebenfalls zu diskutieren gab, ist die Schwierigkeit des Bauprogramms. Auf der einen Seite ist der Umleitungsverkehr vor der Realisierung der Unterführung Strengelbacherstrasse problematisch. Man benötigt eine zusätzliche Verkehrsregelung. Auf der anderen Seite wird im Einwohnerrat zuletzt über jenes Projekt befunden, welches als erstes umgesetzt werden soll. Man stelle sich eine kleinste Bauverzögerung bei diesem gedrängten Programm vor. Alle anderen Vorhaben würden nach hinten verschoben.

Weiter gab zu Diskussionen Anlass, dass während des Rennens das Pferd gewechselt wird. Das alte Projekt ist nicht fertig gestellt. Es geht noch um CHF 250'000.-, welche eigentlich dem im Jahr 2006 gesprochenen Kredit belastet werden sollten. So befand damals der Einwohnerrat. Eigentlich müsste das Projekt fertig gestellt werden und kein Übungsabbruch zu Lasten eines nächsten Projekts stattfinden.

Das Projekt ist im Finanzplan eingestellt. Alle sind sich des Grundsatzes „aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ bewusst. Die einen sind der Auffassung, man solle die Sanierung jetzt vornehmen und die anderen vertreten die Meinung, es reiche 2, 3 oder 4 Jahre nach Realisierung aller anderen Projekte.

Hr. **Marco Arni** stellt fest, dass auf der Homepage der Stadt Zofingen unter anderem Folgendes zu lesen ist: „In ihren Anfängen lag Zofingen am Handelsweg Basel – Luzern.“ Und tatsächlich, wer sich auf der Luzernerstrasse fortbewegt, kriegt ein mittelalterliches Feeling. Seines Wissens war im Mittelalter vor allem wichtig, überhaupt an einer zentralen Verbindungsachse zu liegen. Heute muss diese noch entsprechend ausgebaut sein. Logisch, dass der Ruf nach einer raschen Totalsanierung der Luzernerstrasse kommt. Die Kosten sind jedoch neuzeitlich und gar nicht mittelalterlich. Der Gemeindeanteil liegt bei CHF 1,5 Mio. Angesichts der Lebensdauer einer solchen Strasse wäre dies ein durchaus begründbarer Betrag. Mit gutem Willen könnte man dem zustimmen und auch die Fraktion Dynamische Mitte könnte den Willen aufbringen, einen solchen Betrag für ein solches Projekt zu sprechen. Es geht nicht zuletzt auch um Lärmschutz und Verkehrssicherheit. Zwei Sachen, welche ihr wichtig sind.

Jetzt kommt das grosse aber: Die Mehrheit der Fraktion Dynamische Mitte sieht nicht ein, weshalb beinahe notfallmässig ein solch grosser Sanierungskredit gesprochen werden soll. Zumal der alte



Kredit noch nicht einmal richtig abgerechnet und die Kostenüberschreitung noch nicht festgestellt wurde. Will man einfach einen neuen Belag über das, was beim ersten Projekt falsch gelaufen ist, wachsen lassen? Die Fraktion Dynamische Mitte ist in der Mehrheit nicht für „Belag drüber und alles ist vergessen“. Die zentralen Fragen wurden bereits genannt, aber Marco Arni möchte eine nochmals hervorheben: Weshalb hat man – und wer „man“ ist, müsste noch genauer definiert werden – erst so spät, als bereits CHF 1 Mio. verbaut waren, gemerkt, dass die ganze Strasse zu wenig stabil ist und einen Baustopp verhängt? Als Laie kann er nicht nachvollziehen, dass zuerst der ganze Kredit verbaut werden muss, um am Schluss feststellen zu können, die Strasse halte nicht. Es sind viel zu viele Fragen offen, um einfach zum nächsten Projekt übergehen zu können.

Und noch ein zweites aber: In dieser Gegend befindet sich eine Kaskade von Projekten und jetzt will man allen Ernstes zwischen Frühling und Herbst 2012 die Luzernerstrasse als erste sanieren. Dies ist ein heisser Lauf. Den Dominoeffekt hat Michael Wacker bereits erwähnt. Es braucht nicht viel und schon ist das ganze Bauprogramm in Verzug – mit allen chaotischen Folgen, welche dies nach sich ziehen kann. Zu den Zusatzbelastungen, welchen man die neu gebaute Strasse aussetzen will, macht Marco Arni als Nicht-Strassenbauingenieur grosse Fragenzeichen. Wie wird diese Strasse danach aussehen? Oder steckt das Folgeprojekt auch schon in der Schublade, damit die Strasse nach den Baustellen Strengelbacherstrasse und Oberer Stadteingang gleich nochmals saniert werden kann? Vielleicht könnte man ein Dauerabonnement lösen, dann bekäme man möglicherweise noch Serienrabatt.

Jetzt heisst es natürlich, die Stadt Zofingen könne schon dagegen sein oder eine andere Variante bevorzugen, aber es handle sich um eine Kantonsstrasse. Einverstanden, dass es um eine Kantonsstrasse geht, aber die Stadt Zofingen bezahlt die Hälfte der Kosten, also darf sie auch mitreden. Es geht um Steuergelder der Steuerzahlerinnen und -zahler von Zofingen und der Einwohnerrat muss Rechenschaft ablegen, weshalb und wie CHF 1,5 Mio. in diese Strasse investiert wurden. Deshalb darf der Einwohnerrat aus Sicht der Fraktion Dynamische Mitte durchaus selbstbewusst auftreten und sagen, er lasse sich vom Kanton nicht einfach ein Projekt diktieren.

Fazit: Die Fraktion Dynamische Mitte lehnt das Geschäft nicht ab, weil damit das Problem nicht gelöst wird. Was bedeutet ein „Nein“ zum Projekt? Natürlich kann man sagen, man sei für die Sanierung, aber man lehne das Projekt ab. Aus Sicht der Fraktion Dynamische Mitte besteht eine bessere Variante und deshalb wird sie auch einen entsprechenden Antrag stellen. Nämlich, dass das Geschäft zurück an den Stadtrat muss, also eine Rückweisung. Nach Ende der Eintretensvoten wird sie den Antrag einreichen, damit der Einwohnerrat darüber abstimmen kann.

Der Stadtrat soll nochmals mit dem Kanton seriös über die Bücher gehen, einen neuen Zeitplan erarbeiten, das erste Projekt sauber abrechnen, schauen was schief gegangen ist, woher die Kostenüberschreitung stammt und weshalb gewisse Erkenntnisse so spät gekommen sind. Dass eine Sanierung erfolgen muss, ist für die Fraktion Dynamische Mitte klar, aber nicht auf diese Weise und nicht zu diesem Zeitpunkt. Deshalb soll das Projekt nochmals zurück an den Absender zur Überarbeitung.

Das Zauberwort „Etap pierung“ wurde einige Male genannt und als mögliche Lösung hingestellt. Dem möchte sich die Fraktion Dynamische Mitte nicht grundsätzlich verschliessen. Eine Etappierung kann geprüft werden. Aber ist der Einwohnerrat heute Abend ernsthaft in der Lage über eine solche abzustimmen? Marco Arni hat nichts auf dem Tisch, das finanziell oder terminlich über eine Etappierung Auskunft gibt. Wer eine Etappierung wünscht, soll der Rückweisung zustimmen, dann hat der Stadtrat den Auftrag, ein neues Projekt zu erarbeiten. Eine Etappierung könnte durchaus



Bestandteil dieses überarbeiteten Projekts sein. Heute überstürzt eine Etappierung beschliessen, ohne zu wissen, was man kauft, ist Marco Arni zu heiss. Er benötigt mehr Unterlagen sowie die Sicherheit, dass der Kanton und die Stadt Zofingen dabei und die Kosten klar sind. Deshalb: Etappierung über Rückweisung. Marco Arni bittet diejenigen Einwohnerratsmitglieder, welche für eine Etappierung sind, der Rückweisung der Fraktion Dynamische Mitte zuzustimmen.

Der Einwohnerrat soll sich nicht blindlings auf ein Projekt einlassen. Bereits mit dem ersten Projekt ist man auf einer Holperpiste gelandet. Man riskiert sonst eine Landung auf der Nase. Dem Stadtrat und dem Kanton soll die Möglichkeit gewährt werden, Plan- und Zeitalternativen zu finden, bevor Millionen in den Kieskoffer gesetzt werden. In diesem Sinne dankt Marco Arni allen für die Unterstützung des Rückweisungsantrags, welchen die Mehrheit der Fraktion Dynamische Mitte einreichen wird.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass im Anschluss an die Eintretensdebatte über den Rückweisungsantrag der Fraktion Dynamische Mitte abgestimmt wird.

Die Vorredner von Hrn. **Jürg Seiler** haben bereits einiges gesagt. Viele Sachen überraschen ihn, mit gewissen Sachen rechnete er und an der Nase nehmen müssen sich ziemlich viele. Zu den Worten von FGPK-Präsident Marcel Murri muss er sagen, dass dieser es auf den Punkt gebracht hat. Es sind Fehler passiert und man soll daraus lernen, aber man muss auch das sehen, was das Volk sowie gewisse Einwohnerratsmitglieder wollen. Nämlich eine bessere Strasse. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse und man weiss, dass sie viel Geld kostet. Aber beim alten Projekt wurde nicht das ganze Geld ausgegeben. Man sah ein, dass nicht alles glatt lief. Soll der Einwohnerrat doch „Ja“ sagen und dies akzeptieren? Aus den gemachten Fehlern sollte man lernen.

Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine Etappierung vorgenommen werden soll. Eine solche kann erfolgen und zwar aus folgendem Grund: Die Strasse im Abschnitt vom Velo und Motorsport Wullschleger bis zum Knoten Riedtal ist wirklich in einem desolaten Zustand. Selbst Radfahrende haben dort Probleme und die Anwohnenden reklamieren wegen des Lärms. Dieser Teil könnte bereits saniert werden und der zweite Teil könnte nach Beendigung der anderen Bauvorhaben saniert werden. Aus diesem Grund stellt die SVP-Fraktion einen Zusatzantrag. Dieser lautet wie folgt:

Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem BVU als Bauherrschaft zu verhandeln, dass die Totalsanierung der Luzernerstrasse auf die relevanten weiteren Strassenbauprojekte in Zofingen sowie die privaten und öffentlichen Bauvorhaben entlang der Luzernerstrasse terminlich abgestimmt wird. Priorität ist dem südlichen Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal einzuräumen (1. Etappe). Der nördliche Teil ist als 2. Etappe nach Abschluss der Bauprojekte Unterführung Strengelbacherstrasse, Kreisel Oberer Stadteingang und Hochbauprojekt Seniorenzentrum auszuführen.

Es muss sicher mit gewissen Mehrkosten gerechnet werden. Diese werden jedoch minim ausfallen, wenn in zwei Etappen gearbeitet wird. Es ist aber besser, wenn der eine Teil bereits erledigt ist und der andere nach Fertigstellung der grossen Bauprojekte in Angriff genommen wird. Aus diesem Grund empfiehlt Jürg Seiler eine Etappierung und dem Antrag der SVP-Fraktion zu folgen.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass über den Zusatzantrag der SVP-Fraktion im Anschluss an die stadt-rätlichen Anträge abgestimmt wird.



Hr. **André Kirchhofer** dankt FGPK-Präsident Marcel Murri für seine präzisen Ausführungen. Er kann sich relativ kurz halten. Die FDP-Fraktion war ursprünglich der Auffassung, dass das vorliegende Geschäft sehr gut ist und 1 zu 1 angenommen werden kann, im Sinne einer Gesamtsanierung. Ihre Überlegungen waren, dass das Geschäft so insgesamt am günstigsten zu stehen kommt und Investitionen nicht immer hinausgeschoben werden können. Am Schluss wird das Vorhaben nicht bzw. nicht rechtzeitig realisiert. Den Fraktionsberichten war jedoch zu entnehmen, dass es schwierig würde, das Geschäft durchzubringen. Im Gegensatz zu anderen Geschäften, bei welchen man mit dem Kopf durch die Wand möchte, konnte hier ein schöner Konsens gefunden werden. Es ist besser, den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach zu haben. In diesem Sinne würde die FDP-Fraktion den Antrag auf Etappierung der SVP-Fraktion unterstützen.

Marco Arni erwähnte eine Kaskade von Projekten. Wie bereits gesagt, kann man nicht eine solche Kaskade haben und die Projekte einfach immer weiter hinausschieben, sondern man muss diese endlich durchziehen. In der Debatte beim vorherigen Geschäft war davon die Rede, man wolle bei einem so grossen Projekt wie das Alterszentrum kein Controlling. Bei diesem Geschäft ist hingegen ein gewisses Misstrauen gegenüber der Bauverwaltung spürbar. Den Voten war eine bestimmte Unsicherheit zu entnehmen. André Kirchhofer ist der Überzeugung, dass die Bauverwaltung das Vorhaben durchaus im Griff hat, auch bei einer Etappierung, welche aus der Vorlage möglicherweise nicht so klar ersichtlich ist.

Fr. **Irma Jordi** kann es sich nicht verkneifen, sich ein wenig Luft zu verschaffen. Die Fraktion Dynamische Mitte ist für ein Projektcontrolling. Dies hat sie ganz klar mitgeteilt. Nun geht es um diese Strasse. Irma Jordi hält das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2006 in Händen. Genau ein Drittel des heutigen Einwohnerrats war anwesend und bewilligte die Strasse, so wie sie hätte erstellt werden sollen. Der zuständige Stadtrat sagte, das Projekt beinhalte drei zentrale Punkte: Erhöhung der Verkehrssicherheit, Optimierung der Gesamtsituation und Verbesserung des Ortsbildes. Nun liegt das Ergebnis an der Luzernerstrasse vor. Es ist eine riesige Sauerei. Es wurden CHF 678'000.– mit 38:0 Stimmen bewilligt. CHF 100'000.– Reserven wurden eingebaut, wobei man die Frage stellte wofür. Jetzt kann das Resultat begutachtet werden. Und nun sollte man dies einfach so hinnehmen.

Die FDP-Fraktion hält immer einen Mahnfinger auf. Irma Jordi findet das gut. Dieses Mal sollte sie jedoch zwei Finger aufhalten. Es kann doch nicht sein, dass man dies einfach so schluckt und alles ist wunderbar. Es sollen nochmals CHF 1,5 Mio. investiert werden und das war es dann. Sie hatte sich geschworen, das Wort Trottenweiher im Einwohnerrat nie mehr in den Mund zu nehmen, aber jetzt muss sie es doch tun. Wer schon beim Trottenweiher dabei war, kann sich erinnern: Man stimmte dem Vorhaben zu, wollte eine schicke Treppe sowie dieses und jenes und es sollte kostenneutral sein. Aus diesem Debakel hat sie gelernt, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, zu bauen. Bei dieser leidigen Geschichte war die Situation von der Bauverwaltung bzw. den zuständigen Personen her ganz anders. All diese Probleme wurden in der Stadtverwaltung Zofingen gelöst und einige Sachen müssen noch ausgedadelt werden. Aber der Einwohnerrat soll so gut sein und aufhören selber bauen zu wollen. Man will doch nicht die Katze im Sack kaufen. Man hat genug schlechte Erfahrungen gemacht. Irma Jordi ist dafür, dass das Geschäft retourniert wird. Der Stadtrat soll seriös über die Bücher gehen und die Vorlage an der März-Sitzung nochmals bringen. Dann wird die Fraktion Dynamische Mitte selbstverständlich gerne zustimmen, denn diese Strasse kann nicht so belassen werden, da muss man sich ja schämen.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, stellt fest, dass gemäss Beurteilung der Fraktionen der Kreditantrag für die Belagssanierung Luzernerstrasse K104 mit verschiedenen Begründungen bestritten ist. Dies konnte



man während der letzten halben Stunde deutlich hören. Der Zeitpunkt für die Sanierung sei nicht richtig, diese solle verschoben werden. Wegen anderen grösseren Strassen- und Hochbauprojekten in den nächsten Jahren steht ein Antrag auf Rückweisung im Raum. Die Kosten seien zu hoch, es würde kostengünstigere Sanierungsvarianten geben. Es wird einige Einwohnerratsmitglieder geben, welche den Antrag ablehnen oder aus Prinzip – ohne konkrete Begründung – der Vorlage nicht zustimmen werden. Die Sanierung soll in zwei Phasen und nicht in einer Etappe ausgeführt werden. Dies ist der Zusatzantrag der SVP-Fraktion. Die Feststellung ist, dass ein gemeinsamer Nenner vorhanden ist: Die holprige Strasse ist in einem schlechten Zustand und muss saniert werden. Also stellt sich die Frage wann und wie. Sämtliche Argumente können der Vorlage entnommen werden. Dennoch möchte Stadtrat Rolf Moor auf einzelne wichtige Punkte kurz eingehen:

Am Montag, 14. November 2011 wurde eine gut besuchte öffentliche Informationsveranstaltung im Rathaus abgehalten. Kantonsingenieur Rolf H. Meier informierte über die verschiedenen grossen Kantonsstrassenprojekte in Zofingen und wie diese terminlich koordiniert sind. Ebenfalls orientierte das Ingenieurbüro Emch+Berger AG über die Sanierung der K104, den zeitlichen Ablauf, die Verkehrsführung während der Sanierung sowie den technischen Aufbau der Strasse. Mit grosser Überraschung musste am Mittwoch, 16. November 2011 festgestellt werden, dass an der Luzernerstrasse eine Baustelle eröffnet worden war. An der Informationsveranstaltung wurde nichts von diesem Bauvorhaben erwähnt. Was ist passiert?

Auf Seite 7 der Vorlage ist zu lesen, dass die StWZ Energie AG und weitere Werkleitungseigentümer Arbeiten ausführen müssen. Diese Kosten gehen nicht zu Lasten dieses Projekts. Also ein Projekt im Projekt. Koordination und Kommunikation fanden statt auf der Linie des Projekts und der Sachbearbeitung beim Kanton, bei der Bauverwaltung, bei der StWZ Energie AG und beim Ingenieurbüro. Leider funktionierte der Informationsfluss nicht. Informationen wurden nicht bis zum verantwortlichen, operativen Bereichsleitenden und politischen Verantwortlichen weitergeleitet. Dies bei allen beteiligten Stellen. Oder anders ausgedrückt: Es fehlte das Fingerspitzengefühl. Dies bewog Stadtrat Rolf Moor, als Verantwortlicher für dieses Ressort, die Reissleine zu ziehen, die Baustelle einzustellen und die Baustelleninstallationen wieder abräumen zu lassen. Es kann nicht sein, dass am Montag eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfindet und nicht erwähnt wird, dass am Mittwoch mit einem Projekt im Projekt begonnen wird. Was die Bewilligung und die Kosten der Sanierung der Strassenbeleuchtung betrifft, ist jedoch alles korrekt abgelaufen. Die Kommunikation und Abklärungen der Schnittstellen funktionierten nicht. Der Abbruch der Baustelle wird ein wenig Mehrkosten generieren. Vor allem was die Baustelleninstallationen anbelangt. Der Verteiler wird unter den beteiligten Stellen noch festgelegt. Als Stadtrat übernimmt er die Verantwortung und entschuldigt sich für das kurze Intermezzo. Er hat in dieser Angelegenheit entschieden und diese ist für ihn somit erledigt.

Der Schwerpunkt soll jetzt aber auf der sachlichen und materiellen Ebene dieses Geschäfts liegen. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert Stadtrat Rolf Moor den Perimeter der Belagssanierung, das Projekt, das Bauprogramm sowie den Belagsaufbau der Luzernerstrasse. Auf der ersten Folie ist zu sehen, dass die Belagssanierung auf einer Strecke von ca. 1 km vorgesehen ist. Mit den nächsten Folien zeigt er, welche Strassenprojekte in den nächsten 7 Jahren geplant sind: Nr. 1: K204 Wiggertalstrasse, Nr. 2: K204/K233 Kreisel Strengelbacherstrasse, Nr. 3: K233 Unterführung Strengelbacherstrasse, Nr. 4: K104 Kreisel Güterstrasse, Nr. 5: K104 Kreisel Oberer Stadteingang, (die Nr. 6 wurde nicht vergeben), Nr. 7: K104 Belagssanierung Luzernerstrasse, Nr. 8: K315 Ausbau mit Rad-/Gehweg Stampfiweiher bis Milchhüsli, Nr. 9: K315 Strassenausbau Geiserstrasse bis Linden und Nr. 10: K204 Kreisel Henzmannstrasse.



Da im Einwohnerrat Bedenken geäussert wurden, dass sich bei den verschiedenen Bauprojekten Probleme mit dem Bauablauf und der Verkehrsführung ergeben könnten, möchte Stadtrat Rolf Moor aufzeigen, wie das Bauprogramm in den nächsten 7 Jahren vorgesehen ist: Von März bis September 2012 soll die Belagssanierung an der Luzernerstrasse durchgeführt werden. Von März bis November 2012 möchte man unter Verkehr den Kreisel Güterstrasse bauen. Von Oktober 2012 bis Mai 2014 soll die Unterführung Strengelbacherstrasse erstellt werden. Von Mai bis September 2014 ist der Umbau des Kreisels Henzmannstrasse geplant. Von Januar bis Dezember 2015 steht der Bau des Kreisels Oberer Stadteingang an. Von 2014 bis 2017 ist in vier Etappen der Ausbau der Wiggertalstrasse vorgesehen und von 2012 bis 2014 erfolgt der Ausbau der Mühlethalstrasse im Abschnitt Stampfiweiher bis Milchhüsli. Das vorliegende Bauprogramm ist auf die verschiedenen grösseren Strassenprojekte in den nächsten 7 Jahren abgestimmt. So abgestimmt, dass auch der Verkehrsfluss funktionieren und es zu keinem grösseren Stau kommen sollte. Das sportliche Terminprogramm verlangt entsprechende Disziplin, eine laufende Hinterfragung der Schnittstellen sowie entsprechende Kontrollen. Ein wichtiger Aspekt wird auch die laufende Information sein, damit die Bevölkerung jederzeit weiss, was bei den jeweiligen Baustellen vor sich geht. Der Kanton ist Bauherr und die Einwohnergemeinde Zofingen, vertreten durch Bauverwaltung/Tiefbau und Planung, darf mitfinanzieren und hat grossen Respekt vor den verschiedenen Bauvorhaben. Denn es wird in jeder Beziehung eine grosse Herausforderung sein. Man wird diese aber annehmen und mit bestem Wissen und Gewissen ausführen.

Auf der letzten Folie ist der Belagsaufbau der Luzernerstrasse zu sehen wie er heute ist und nach der Sanierung aussehen wird. Es ist ein Schnitt der beiden Aufbauten aufgeführt. Der heutige, zweischichtige Aufbau weist eine durchschnittliche Höhe von ca. 12 cm auf. Dieser genügt für den heute auf dieser Strasse vorhandenen Verkehr nicht mehr. Der neue, dreischichtige Aufbau mit einer Höhe von 16,5 cm entspricht den heutigen technischen Gegebenheiten sowie Vorschriften. Vor allem der letzte Deckbelag, welcher die Aufgabe der Lärminderung übernehmen wird.

Die im Vorfeld diskutierte Asphaltarmierung wurde geprüft. Sie kann bei der Belagssanierung an der Luzernerstrasse aber nicht eingesetzt werden. Dies würde einen guten Unterbau voraussetzen, welcher leider nicht vorhanden ist. Die Asphaltarmierung kommt nur in den obersten Belagsschichten, also im Deckbelag, zur Anwendung. Die unteren Belagsschichten, Binder- und Tragschicht, bleiben unberührt. Bei der Anwendung einer Asphaltarmierung wird vorausgesetzt, dass sowohl die Binder- als auch die Tragschicht in ausreichender Schichtdicke vorhanden sind. Genau diese Voraussetzung fehlt bei der Luzernerstrasse K104. Diese Variante wäre sehr interessant gewesen. Vor allem wegen der geringeren Kosten. Aus technischen Aspekten kommt sie aber – wie gesagt – nicht in Frage.

Während der öffentlichen Informationsveranstaltung, an welcher auch ein grosser Teil der Anstossenden anwesend war, wurde detailliert über die Umleitung informiert. Wie diese funktioniert, kann ebenfalls der Vorlage entnommen werden. Ergänzend teilt Stadtrat Rolf Moor mit, dass beispielsweise der Shuttlebetrieb des Open Airs berücksichtigt wurde und dieser im gewohnten Rahmen stattfinden kann.

Das Projekt Teilausbau Luzernerstrasse mit Radstreifen im Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal, bei welchem im Jahr 2009 mit den Bauarbeiten begonnen wurde und immer noch nicht fertig gestellt ist, wurde heute mehrmals erwähnt. Die Begründungen, weshalb dies so ist, können ebenfalls der Vorlage entnommen werden. Es sind verschiedene Gründe, weshalb der Zustand aus heutiger Sicht unbefriedigend ist. Einen Einfluss hatte auch der Winter 2009/2010. Es zeigte sich, dass der Untergrund der Strasse nicht mehr genügt. Deshalb wird heute über einen Kredit diskutiert. Weshalb die ungenügende Tragfähigkeit im Jahr 2006 nicht festgestellt wurde, als über den Kredit abgestimmt wurde, kann Stadtrat Rolf Moor nicht beantworten. Er ist dieser Frage auch nicht näher



nachgegangen. Tatsache ist, dass die heute mehrmals erläuterte Situation besteht. Klärend muss jedoch betont werden, dass die Ausführungsarbeiten nicht so abgelaufen sind, wie man sich dies wünschte oder erwartet hätte. Es gibt nicht nur kleinere, sondern auch grössere Probleme. Zurzeit ist der Kanton dabei, zusammen mit der ausführenden Firma, die Probleme aufzuarbeiten. Fazit: Das Projekt ist zum heutigen Zeitpunkt als sehr unbefriedigend einzustufen.

Zum Zusatzantrag der SVP-Fraktion, wonach die Totalsanierung der Luzernerstrasse K104 in zwei Etappen ausgeführt werden soll: Die Sanierung des ersten Abschnitts vom Färbereiweg bis Knoten Riedtal soll nächstes Jahr erfolgen, die weitere Etappe nach Abschluss der Bauprojekte Unterführung Strengelbacherstrasse, Kreisel Oberer Stadteingang und Seniorenzentrum. Dieser Vorschlag wurde mit dem Kanton besprochen. Der Stadtrat ist mit dem Zusatzantrag einverstanden und würde bei Annahme des Kredits, das Bauprogramm entsprechend anpassen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, dass, wenn in zwei Etappen gearbeitet wird, Mehrkosten anfallen werden. Einerseits wegen der Baustelleninstallationen und andererseits, wenn sich der Untergrund allenfalls weiter verschlechtern würde.

Mit der Sanierung der Luzernerstrasse werden auch die auf Seite 69 des KGV aufgeführten Zielsetzungen ernst genommen. Mit den Radstreifen wurde bereits ein Teil realisiert. Mit der Belagssanierung würden auch die Lärmemissionen für die angrenzenden Wohnnutzungen massiv reduziert. Wenn einmal auch noch der Kreisel beim Knoten Riedtalstrasse realisiert ist, ist dann auch die Zielsetzung der niedrigeren Geschwindigkeit erfüllt.

Der Stadtrat empfiehlt dem Einwohnerrat, den Rückweisungsantrag der Fraktion Dynamische Mitte abzulehnen und dem stadträtlichen Antrag sowie dem Zusatzantrag der SVP-Fraktion zuzustimmen. Mit der Genehmigung des vorliegenden Kredits kann der holprigen Luzernerstrasse endgültig ein Ende gesetzt werden.

Die **Vorsitzende** liest den Rückweisungsantrag der Fraktion Dynamische Mitte vor und eröffnet die Diskussion darüber:

Die Fraktion der Dynamischen Mitte beantragt dem Einwohnerrat, das Geschäft GK 111 (Kreditbewilligung Totalsanierung Luzernerstrasse K104) an den Stadtrat zurückzuweisen.

Begründung: Aus Sicht der Antragstellenden ist jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt, eine Totalsanierung vorzunehmen. Erstens sind noch etliche Fragen rund um den nicht gänzlich ausgeführten Teilausbau offen, zweitens ist das Zeitfenster bis Oktober 2012 zu knapp und eine Bauverzögerung hätte Auswirkungen auf weitere Bauprojekte, insbesondere Unterführung Strengelbacherstrasse, und drittens ist es nicht sinnvoll, eine Strasse total zu sanieren, welche infolge mehrerer grosser Baustellen in den kommenden Jahren stark strapaziert wird.

Der Stadtrat wird gebeten, die Sanierung der Luzernerstrasse zu einem späteren Zeitpunkt mit neuer Zeitplanung und nach der Kreditabrechnung des Teilausbaus wieder dem Einwohnerrat zu präsentieren.

Hr. **Benno Riss** hat eine Frage. Im Zeitplan ist beim Kreisel Oberer Stadteingang vom Jahr 2015 die Rede und in der Vorlage steht, dass mit der SBB-Unterführung Strengelbacherstrasse voraussichtlich im Spätsommer/Herbst 2012 begonnen wird. Zu diesem Zeitpunkt sollen der Kreisel Oberer Stadteingang und die Totalsanierung an der Luzernerstrasse weitgehend abgeschlossen sein. Da stimmt doch etwas nicht.





Die **Ratspräsidentin** erkundigt sich, inwiefern dies mit dem Rückweisungsantrag der Fraktion Dynamische Mitte zu tun hat.

Hr. **Benno Riss** antwortet, dass die Rückweisung unter diesem Aspekt unterstützt werden muss. Die Vorlage stimmt nicht mit dem Zeitplan, welcher vorhin von Stadtrat Rolf Moor erläutert wurde, überein. Zudem will man das Projekt plötzlich splitten und niemand hat eine Ahnung, was dies kostet.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass vorgesehen ist, die Luzernerstrasse von März bis September 2012 zu sanieren. Parallel dazu soll der Kreisel Güterstrasse gebaut werden. In der Einwohnerratsvorlage ist ein Fehler unterlaufen. Im letzten Abschnitt auf Seite 8 sollte „Kreisel Güterstrasse“ und nicht „Kreisel Oberer Stadteingang“ stehen. Stadtrat Rolf Moor entschuldigt sich für diesen Fehler.

Die **Vorsitzende** dankt für die Klärung dieser Angelegenheit und Benno Riss für das aufmerksame Lesen der Vorlage. Nachdem das Wort zum Rückweisungsantrag der Fraktion Dynamische Mitte nicht mehr verlangt wird, lässt sie darüber abstimmen:

**Der Antrag wird mit 19:17 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.**

Die **Vorsitzende** eröffnet die Detailberatung über die Vorlage.

#### I Ausgangslage

Hr. **Robert Weishaupt** würde es schön finden, wenn in Sachen Strassenbeleuchtung etwas Neuzeitliches erstellt werden könnte.

Die **Ratspräsidentin** geht davon aus, dass es sich dabei um eine Anregung und nicht um einen Antrag handelt.

Hr. **Robert Weishaupt** stimmt dem zu.

#### III Zeitplan/Bauzeit

Benno Riss hat Hrn. **Michael Wacker** auf etwas aufmerksam gemacht. Zu den Ausführungen auf Seite 8 der Vorlage stellt sich noch folgende Frage: Wird der Kreisel Oberer Stadteingang nun nach der Unterführung Strengelbacherstrasse erstellt oder nicht? Es handelt sich nicht um einen Antrag, sondern lediglich um eine Frage zu Handen des Protokolls.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, kann nicht mehr tun, als zu wiederholen, es tue ihm leid, dass in der Vorlage „Kreisel Oberer Stadteingang“ steht. Er hat das Terminprogramm erläutert und es fand eine Informationsveranstaltung statt. Der Kreisel Oberer Stadteingang wird gebaut, wenn die Unterführung Strengelbacherstrasse fertig gestellt ist.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** erläutert das Abstimmungsverfahren: Zuerst wird über die beiden stadträtlichen Anträge abgestimmt und anschliessend über den Zusatzantrag der SVP-Fraktion. Sie wird diesen noch vorlesen und es besteht dann auch die Möglichkeit, dazu das Wort zu verlangen.



Nachdem zum Abstimmungsverfahren das Wort nicht gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für die Totalsanierung der Luzernerstrasse K104, Abschnitt Oberer Stadteingang bis Knoten Riedtal sei ein Gemeindeanteil von CHF 1'518'000.–, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22:15 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

2. Für die Abwasserentsorgung der Luzernerstrasse K104 sei ein Bruttokredit von CHF 250'000.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Abwasserbeseitigung zu bewilligen.

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:3 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zugestimmt.**

Die **Vorsitzende** liest den Zusatzantrag der SVP-Fraktion vor und eröffnet die Diskussion darüber:

Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem BVU als Bauherrschaft zu verhandeln, dass die Totalsanierung der Luzernerstrasse auf die relevanten weiteren Strassenbauprojekte in Zofingen sowie die privaten und öffentlichen Bauvorhaben entlang der Luzernerstrasse terminlich abgestimmt wird. Priorität ist dem südlichen Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal einzuräumen (1. Etappe). Der nördliche Teil ist als 2. Etappe nach Abschluss der Bauprojekte Unterführung Strengelbacherstrasse, Kreisel Oberer Stadteingang und Hochbauprojekt Seniorenzentrum auszuführen.

Hr. **Robert Weishaupt** findet es gar keine gute Idee, das Vorhaben in zwei Etappen auszuführen. Er ist ebenfalls nicht erfreut, dass die Luzernerstrasse nochmals saniert werden muss und er würde es begrüssen, wenn die Sanierung in einem Mal durchgezogen werden könnte. Danach ist hoffentlich Ruhe auf dieser Strasse.

Gemäss Hrn. **Marcel Thüler** steigt die Stimmung je später es wird. Er stellt fest, dass, wenn der Etappierung zugestimmt wird, man irgendetwas bezahlt und nicht einmal weiss, was genau. Hier soll das Geld mit beiden Händen ausgegeben werden und im Anschluss wird über die Überweisung einer Motion, welche von den bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen eingereicht wurde, abgestimmt, in welcher es um Businesspläne und klare Kosteneinsparungen geht. Er findet dies richtig schlecht.

Nachdem das Wort zum Zusatzantrag der SVP-Fraktion nicht mehr verlangt wird, lässt die **Vorsitzende** darüber abstimmen:

**Dem Antrag wird mit 17:14 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zugestimmt.**



Art. 89

GK 112

**Motion der SVP-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2011 betr. Verzichtsplanning/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde! (Begründung und Beantwortung)**

Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat die schriftliche Stellungnahme rechtzeitig zukommen lassen. Daraus ist zu entnehmen, dass dieser bereit ist, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Die **Vorsitzende** fragt die FDP- und die SVP-Fraktion an, ob sie bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Hr. **Michael Müller** teilt mit, dass sich die beiden Fraktionen diesbezüglich beraten haben. Um es vorweg zu nehmen, sie stimmen einer Umwandlung in ein Postulat zu. An dieser Stelle bedankt er sich für die umfangreiche Stellungnahme des Stadtrates. FDP und SVP dürfen mit Freude feststellen, dass wichtige Themen mit Hochdruck angegangen werden, viele Gedanken eingeflossen sind und belegt werden kann, was alles in petto ist. Dementsprechend wird einer Umwandlung in ein Postulat zugestimmt. Man möchte es aber nicht unterlassen, falls die angestrebten Richtwerte nicht erreicht werden können, innert nützlicher Frist auf das Instrument, welches dem Einwohnerrat in der Stellungnahme entsprechend zur Verfügung gestellt wird, zurückzugreifen und dieses zu nutzen.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet die Diskussion über die Überweisung der Motion als Postulat.

Geschätzte CEO, CFO, COO usw. – willkommen in der neoliberalen Realität! Hr. **Marcel Thüler** hält fest, dass eine Stadt nicht wie ein Unternehmen geführt wird. Die Bürgerlichen bringen mit dieser Motion ein Papier, welches eher für eine Generalversammlung eines börsenkotierten Unternehmens geeignet wäre als für eine Einwohnerratssitzung. Ein Businessplan für eine Stadt? Er kann dies nicht ganz verstehen.

Bei der Rechnungsprüfung in der FGPK wurde festgestellt, dass die finanzielle Situation nicht ganz klar ist und dies mit dem Stadtrat eingehend angeschaut werden muss. Bei diesem Vorstoss haben mehrere FGPK-Mitglieder offensichtlich vergessen, was in der Kommission besprochen wurde. Die FGPK möchte zusammen mit dem Stadtrat die Verichts- und Geschäftsplanung für die Zukunft genau anschauen. Man will dies nicht im Einwohnerrat ausschlichten und opportunistische Vorstösse einreichen, sondern die Investitionen sachlich diskutieren. Ein Businessplan ist vorhanden, die Stadt Zofingen verfügt über einen Investitionsplan, von welchem der Einwohnerrat Kenntnis nehmen kann. Es ist richtig, dass dieser nicht darüber abstimmen muss. Die Exekutive hat diesen Auftrag per Gesetz und es muss nicht mit zusätzlichen Plänen doppelspurig gefahren werden.

Der Nettoaufwand stellt die Fixkosten der Stadt Zofingen dar. Dieser beinhaltet den Verwaltungsaufwand. Der Stadtrat hat in der neuen Legislatur beschlossen, jegliche Investitionsprojekte vor den Einwohnerrat zu bringen. In den vergangenen Legislaturen wurden gewisse Investitionen immer mit dem Voranschlag bewilligt. Inzwischen wird dies nicht mehr so gehandhabt, der Stadtrat zeigt sauber auf, was in Zukunft ausgegeben werden soll. Für Investitionen ab CHF 250'000.- wird dem Einwohnerrat ein Antrag unterbreitet. Marcel Thüler findet dies eine gute Grösse. Er würde es auch richtig finden, wenn man sich daran erinnern würde, dass gesagt wurde, die FGPK wolle dies sachlich diskutieren und angehen und dem Stadtrat nicht noch den Auftrag erteilen, bis im März 2012 einen Businessplan zu erstellen. Weshalb soll dies dem Stadtrat aufgedrängt werden? Dies wird bestimmt zu einem Papiertiger führen und daraus werden womöglich Projekte entstehen, welche nie-



mand haben will. Marcel Thüler hat extrem viel Unverständnis für diese Motion und bittet die Einwohnerratsmitglieder, dagegen zu stimmen.

Von Seiten des **Stadtrates** werden keine Ergänzungen zur schriftlichen Stellungnahme gemacht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt die **Vorsitzende** über die Überweisung der Motion als Postulat abstimmen:

**Die Abstimmung ergibt je 18 ablehnende und zustimmende Stimmen.**

**Gestützt auf den Stichentscheid der Vorsitzenden wird das Postulat überwiesen.**

Art. 90

### Umfrage

#### Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Fr. **Irma Jordi** hat folgende Frage: Nach welchem Konzept darf man in Zukunft in der Stadt Zofingen im öffentlichen Raum ein Fondue kochen? Für jene, welche nichts mit dieser Frage anfangen können, liefert sie folgende Erklärung: Es lag eine nette Einladung des Gewerbevereins zu einer Nachtwächterführung mit Fondue-Essen in der Markthalle vor. Offenbar wurde dies wegen Explosionsgefahr verboten. Eine Woche später kochte Irma Jordi zu Hause mit schlechtem Gewissen ein Fondue, aber es entstand glücklicherweise kein Altstadtbrand. Diese Angelegenheit warf Fragen auf und vermittelte ein ungutes Gefühl.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, ärgerte sich ebenfalls über dieses Vorkommnis. Er möchte dies gerne nochmals mit den direkt betroffenen Personen besprechen. Wird eine Bewilligung erstellt, muss auf verschiedene Sachen bzw. Stellen Rücksicht genommen werden. Für jene Leute, welche die Bewilligung am Schluss schreiben müssen, möchte der Stadtammann Verständnis wecken. Viele verschiedene Stellen müssen jeweils ihr „OK“ geben und dies fliesst dann an einem zentralen Punkt zusammen. In diesem speziellen Fall schätzte er nicht besonders, dass die betreffende Stelle den Gewerbetreibenden eine andere Auskunft erteilte, als jenen Personen, welche die Bewilligung erstellen mussten. Der Stadtammann wird dem nachgehen. Will man etwas verbieten, soll man diesen Standpunkt auch gegen aussen vertreten.

Hr. **André Kirchhofer** hält fest, dass in der Region verschiedene Fusionsverhandlungen und Gespräche im Gang sind. In der Zeitung war jedoch zu lesen, dass die Gemeinde Brittnau eine neue Bauverwalter-Stelle bewilligt hat und die Gemeinde Uerkheim einen neuen Werkhof erstellen will. Wie ernst sind die Verhandlungen der beiden Gemeinden mit der Stadt Zofingen? Muss die Stadt Zofingen Sandkastenspiele betreiben für Gemeinden, welche die Fusionsverhandlungen zum Vorneherein nicht mehr allzu ernst nehmen?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, dass sich die Stadt Zofingen nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern kann. Der Stadtrat stellte sich diese Frage ebenfalls.



Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates dauern die Einwohnerratssitzungen höchstens 3 Stunden, sofern der Rat nicht anders beschliesst. Der Ordnung halber fragt die **Vorsitzende** den Einwohnerrat an, ob er bereit ist, die Beratungen um maximal 10 Minuten zu verlängern.

**Der Fortsetzung der Sitzung wird ohne Gegenstimme zugestimmt.**

Art. 91

### **Verabschiedungen und Ehrungen**

#### **Verabschiedung Fritz Hirschi (FDP)**

Seit März 2004 gehört Fritz Hirschi dem Einwohnerrat an. Er hat ein sehr ausführliches und langes Rücktrittsschreiben verfasst, in welchem er all seine Ämter aufgelistet hat. Fritz Hirschi war ein engagiertes Mitglied des Einwohnerrates. Sein Engagement zeigte sich als Mitglied der Finanzkommission in den Jahren 2004 und 2005, aber auch als Mitglied der Kommission Seniorenzentrum Rosenberg und Tanner sowie der einwohnerrätlichen Spezialkommission Seniorenzentrum. Die **Vorsitzende** arbeitete immer gerne mit Fritz Hirschi zusammen. Sie dankt ihm im Namen des Einwohnerrates für die Zeit, welche er der Stadt Zofingen schenkte und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Sie bittet Fritz Hirschi – unter grossem Applaus – nach vorne zur Überreichung des verdienten Geschenks: Drei Flaschen Rothüsler, zwei Zofinger Gläser sowie einen Glasteller.

#### **Verabschiedung Patricia Kettner (FDP)**

Hr. **Thomas Bühler**, Vizepräsident, hat sich einige Gedanken zur Verabschiedung der Ratspräsidentin gemacht. Diese sind direkt an sie gerichtet:

Verabschiedung heisst zurückblicken und danken für alles, was sie mitgearbeitet hat. Aber für sie bedeutet Verabschiedung hoffentlich auch Ausblick auf die nächsten Jahre. Thomas Bühler und Patricia Kettner durften in vielen Ämtern zusammen arbeiten. Er konnte stets viel von ihrem Engagement, Wissen und ihrer politischen Erfahrung profitieren.

Sie hat sich schon früh in ihrer Wohngemeinde Mühlethal politisch engagiert. Dazumal als Vertreterin der Gemeinde Mühlethal in Zofingen. Patricia Kettner brachte sich während 4 Jahren, von 1998 bis 2001, in die Zivilschutzkommission Zofingen-Mühlethal ein. Ebenso in der grossen Heimkommission des Seniorenzentrums Rosenberg und Tanner und der Betriebskommission des Seniorenzentrums Rosenberg und Tanner. Heute durfte sie die Abstimmung für die grosse Erweiterung des Pflegeheims und der Alterswohnungen Rosenberg und Tanner – ein Meilenstein für die Stadt Zofingen – leiten. So kann man sagen, dass sich Patricia Kettner von ihren politischen Anfängen bis zu ihrer Verabschiedung für das Wohlergehen der älter werdenden und alten Einwohnerinnen und Einwohnern von Zofingen eingesetzt hat.

Als Mitglied des Gemeinderates Mühlethal vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 2001 begleitete sie die Fusion Zofingen-Mühlethal. Eigentlich auch ein Meilenstein für die beiden Gemeinden. Danach musste sie ihr politisches Engagement wechseln. Denn plötzlich war Zofingen ihre Wohngemeinde und sie konnte sich für die Stadt Zofingen einsetzen. Patricia Kettner wurde auf den 1. Januar 2002 in den Einwohnerrat von Zofingen gewählt. Vom Einwohnerrat wurde sie für die Zeit vom 15. März 2004 bis 31. Dezember 2005 in die Geschäftsprüfungskommission gewählt. Ab 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 durfte sie sich in die FGPK einbringen. Vom 24. April 2008 bis 15. März 2009 war sie Vizepräsidentin der FGPK und vom 16. März 2009 bis 31. Dezember 2009 war



sie Präsidentin der FGPK. Auch dies war ein Meilenstein. Sie konnte die Wogen glätten und die Turbulenzen bei der Führung der FGPK beseitigen. Sie ist in die Bresche gesprungen. Dafür ein grosses Dankeschön. Als Mitglied des Einwohnerrates hat sich Patricia Kettner in den Jahren 2002 bis 2005 zudem als Mitglied der Kommission Stadtmarketing eingebracht.

Vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011 präsierte sie den Einwohnerrat. In der ersten Sitzung hatte sie bereits ihren ersten Stichtscheid zu fällen. Dies ist heute wieder passiert. Während diesen zwei Jahren hat sie der Einwohnerrat als prägende Vorsitzende erlebt. Sie war stets korrekt und ihre Entscheide waren immer klar und deutlich. Thomas Bühler dankt Patricia Kettner ganz herzlich für ihr Engagement zugunsten ihrer Wohngemeinde und wünscht ihr auf ihrem weiteren Lebensweg alles Gute und viel Erfolg.

Unter grossem Applaus wird der Vorsitzenden das verdiente Abschiedsgeschenk sowie einen Blumenstrauss überreicht.

## Art. 92

### Schlussansprache der Einwohnerratspräsidentin

Es ist Zeit „adieu“ zu sagen und die **Vorsitzende** hat heute Abend eigentlich nur eine Botschaft: Ein riesengrosses Dankeschön. Sie hat eine unglaublich intensive, schöne, lehrreiche und vor allem sinnvolle Zeit in der politischen Arbeit erlebt. Sie möchte keinen Moment missen. Eigentlich würde sie ganz gerne weiterhin hier bleiben, sie geht nicht gerne weg. Aber sie hat das grosse Glück, eine ganz tolle neue Herausforderung annehmen zu dürfen. Diese benötigt Zeit und sie freut sich sehr darauf.

In ihren Dank einschliessen möchte sie alle Exekutiv- und Legislativmitglieder, mit welchen sie in den letzten Jahren zusammenarbeiten durfte. Ganz besonders dankt sie jenen, welche mit ihr am selben Strick in die gleiche Richtung gezogen haben. Aber auch jenen, welche auf die andere Seite gezogen haben. Nur mit denen machte es richtig Spass und sie ist der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung und das Ringen um politische Lösungen ganz wichtig sind. Es dürfen sich alle extrem glücklich schätzen, dass sie diese Auseinandersetzungen überhaupt haben können. Dies immer mit dem Ziel, für die Gemeinde, in welcher man lebt und welche man mitgestalten darf, gute Lösungen zu erwirtschaften. Ebenfalls möchte sie in den Dank alle Verwaltungsmitarbeitenden einschliessen, mit welchen sie mehr oder weniger intensiv zusammengearbeitet hat. Beim Milizsystem ist es ganz wichtig, dass sie ihr Wissen zur Verfügung stellen und einen unterstützen.

Der Ratspräsidentin kommen einige Schlüsselmomente in den Sinn: Der erste ist sicher ihr Einstieg in die Kommunalpolitik. Hier spielte Dilli Schaub eine wichtige Rolle. Sie öffnete ihr die Welt in die Kommunalpolitik. Dafür wird sie ihr immer dankbar sein. Ganz gerne erinnert sie sich auch an die erste Begegnung mit dem Einwohnerrat. Christiane Guyer war Präsidentin der einwohnerrätlichen Spezialkommission Zusammenschluss Zofingen-Mühlethal und Urs Schaufelberger war Präsident des Einwohnerrates. Es fand ein Waldumgang statt und dort begann man, die Zukunft der neuen Stadt zu gestalten. Auch ihnen beiden ein herzliches Dankeschön.

In dieser Zeit spielte der Gemeinderat Mühlethal ebenfalls eine wichtige Rolle. Er sprach ihr das Vertrauen aus und vertraute ihr mit der Begleitung der Fusion ein sehr spannendes Projekt an. Die damaligen Gemeinderatsmitglieder sind heute noch ein wichtiger Bestandteil in ihrem Leben. Insbe-



sondere eine Person: Richard Rebmann. Er ist heute Abend anwesend, was Patricia Kettner ausserordentlich freut. Während dieser Zeit war er ein ganz guter, toller, wichtiger und extrem kritischer Sparring-Partner. Sie dankt ihm, dass er sie durch alle Hochs und Tiefs begleitet hat und vorbehaltlos für sie da war.

Eine im Saal anwesende Person konnte sie immer brauchen. Für sie ist er das Sinnbild von Loyalität, Zuverlässigkeit und Professionalität. Er war ein wichtiger Wert und sie ist der Meinung, dass, wenn heute Abend jemand einen grossen Applaus verdient hat, dies Ratssekretär und Stadtschreiber Arthur Senn ist. Bestimmt ist er nicht nur für die Vorsitzende ein wichtiger Wert, sondern für die ganze Stadt Zofingen. Bevor alle klatschen, möchte sie ihm ein kleines Geschenk übergeben: Zwei Flaschen französischer Bordeaux „Saint Emilion Chateau Franc Grace-Dieu“. Grand Cru steht ebenfalls darauf. Ein Attribut, welches Arthur Senn gebührt. Sie dankt ihm für die wunderbare Zeit.

Der grösste Dank richtet sich an ihre beiden Kinder. Auch sie sind heute Abend anwesend. Dies ist toll, denn sie waren nicht allzu oft dabei. Philippe wird dieses Jahr 20 Jahre alt und Isabelle ist 17 Jahre alt. Sie wurden während 14 Jahren mit einer Mutter gross, welche politisierte und am Abend oft nicht zu Hause war. Sie haben dies hingenommen, ohne gross darüber zu diskutieren. Offensichtlich haben sie gespürt, dass sie dies braucht, ihr das gut tut und sie ausgeglichen nach Hause kommt. Sie dankt ihnen für das riesengrosse Vertrauen und möchte in diesen Dank auch ihren Vater einschliessen. Er war nämlich immer anwesend, wenn sie nicht da war. Auch ihnen überreicht sie ein kleines Geschenk: Als ihre Kinder noch klein waren, erhielt man im Einwohnerrat noch ein Couvert mit Geld darin. Dies war ganz schön. War man in verschiedenen Kommissionen dabei, bekam man viele verschiedene Couverts. Sie brachte diese nach Hause und dann gab es ein Taschengeld. Heute Abend möchte sie das Taschengeld ebenfalls mit ihnen teilen. Sie dürfen nachher zu ihr kommen und dieses abholen.

Jetzt bleibt der Ratspräsidentin nichts anderes übrig, als die wunderschöne Glocke ihrem Nachfolger Thomas Bühler zu übergeben. Sie ist sich sicher, dass er ein ganz toller Einwohnerratspräsident sein wird und sie wünscht ihm, dem Ratsbüro, dem Stadtrat und allen Einwohnerratsmitgliedern weiterhin gutes Gestalten für die wunderbare Stadt Zofingen.

Die **Vorsitzende** lädt im Namen der Stadt Zofingen die Anwesenden – so auch die Gäste auf der Zuschauertribüne – zu dem von der Stadt aus Anlass der Legislaturhalbzeit offerierten Apéro ein.

Schluss der Sitzung: 21.12 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner  
Ratspräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer